

Erscheint täglich außer Sonntag.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 25 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Verleger: Dohse (A. 7) 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einpaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Verkaufsstelle: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Strafverfahren gegen Danatvorstand

Konkurs über den Nordwolle-Konzern heute vormittag eröffnet

Bei der Staatsanwaltschaft I in Berlin schwebt ein Strafverfahren gegen den Vorstand der Darmstädter und Nationalbank (Danabank). Sachbearbeiter ist Staatsanwaltschaftsrat Grüneberg.

Dem Vernehmen nach ist die eingehende Anzeige, die das Vorgehen der Staatsanwaltschaft hervorgerufen hat, auf die Rechtsvertreter der Gebrüder Lahusen zurückzuführen. Die betrügerische Konzernleitung und die Bankleitung scheinen jetzt mit gegenseitigen Enttäufungen herauszukommen.

Nordwolle in Konkurs. Sanierungsverhandlungen zerfallen.

Bremen, 21. Juli.

Die Justizpressestelle teilt mit, daß über das Vermögen der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei, Bremen, heute morgen der Konkurs eröffnet worden ist. Die vier stellvertretenden Vorstandsmitglieder und Rechtsanwalt Dr. Cifisch sind beim Konkursrichter erschienen und haben erklärt, daß die Gesellschaft zahlungsunfähig ist. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Heineman, Bremen, ernannt.

Der letzte Akt der Nordwolle-Tragödie hebt an. Die Sanierungsverhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt und mußten abgebrochen werden, da sich die Gläubiger nicht zum Stillhalten, d. h. zur Stützung des heruntergewirtschafteten Konzerns entschließen konnten. Den Ausschlag für diese ablehnende Haltung der Gläubiger hat ganz zweifellos

die verwerfliche und verbrecherische Art der Geschäftsleitung bei der Nordwolle gegeben, die in ihren Einzelheiten erst jetzt nach und nach bekannt wird und einen moralischen Tiefstand enthält, der in der Geschichte der Wirtschaftskatastrophen seinesgleichen sucht.

Der größte deutsche Wollkonzern mit den erstklassigsten Betrieben geht also in Konkurs. Der Vergleich mit dem Zusammenbruch des Stinneskonzerns im Jahre 1925 und der tiefenhaften Berramschung der Stinnesbetriebe drängt sich auf. Nur daß diesmal Jakob Goldschmidt, der damals der Schlichter des Stinneskonzerns war, heute selbst auf die Schlichtbank muß. Die entscheidende Frage bei dem Konkursverfahren ist, was aus der Belegschaft des Nordwollkonzerns wird.

Noch im September vergangenen Jahres betrug die Belegschaft des gesamten Konzerns 17 600 Mann und bei der verhältnismäßig befriedigenden Wollkonjunktur in Deutschland dürfte der Belegschaftsstand zur Zeit noch fast 14 000 Personen umfassen.

Um das Schicksal von 14 000 Arbeitern und Arbeiterinnen und einschließlic ihrer Familienangehörigen, um das Schicksal von 30 000 Menschen geht es bei dieser Abwicklung eines der größten Wirtschaftsverbrechen unserer Zeit. Es gilt auch die enormen wirtschaftlichen Werte, die in den an sich hochrentablen Nordwolle-Betrieben in Delmenhorst und Hamburg-Bahrenfeld, in Leipzig, Kaiserlautern, sowie in Eisenach, Fulda und Mühlhausen stecken. Rund 400 000 Spindeln verarbeiteten im Durchschnitt der letzten drei Jahre rund 15 Millionen Kilogramm Wolle, deren Wert 1928 einen Höchststand von 170 Millionen Mark erreichte und in den letzten beiden Jahren immerhin noch einen Stand von 90 bis 100 Millionen Mark behaupten konnte.

Bei einem besseren Stand der Reichsfinanzen wäre ein Eingreifen des Reiches zur Erhaltung dieser wertvollen Betriebe im Interesse der Arbeiterkraft und der Volkswirtschaft durchaus vernünftig gewesen.

Eine derartige Stützung ist gegenwärtig nicht möglich. Um so schärfer müssen daher die Behörden darüber wachen, daß bei der Abwicklung des Konkursverfahrens eine sinnlose Verschleuderung von Werten unterbleibt. Es gilt, die volkswirtschaftlich wertvollen menschlichen und materiellen Kräfte dieses Unternehmens, die in den Strudel des Zusammenbruchs gerissen wurden, mit allen vorhandenen Mitteln zu schützen und der Gesamtheit zu erhalten.



Minister-Ankunft auf dem Victoria-Bahnhof in London

Von links nach rechts: Henderson, Grandi, Curtius, Brüning, MacDonald, Briand, Laval

Ein zweiter Hoover-Plan

Umwandlung kurzfristiger in langfristige Kredite

Washington, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die amerikanische Delegation auf der Londoner Konferenz wird den Delegierten in der heutigen Vormittagssitzung einen Vermittlungsvorschlag Hoovers unterbreiten. Ähnlich verweigert man über den Plan zur Zeit noch jede Auskunft. Ansehend läuft er jedoch darauf hinaus, der Reichsregierung die Möglichkeit der Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige zu geben und ihr zugleich einen langfristigen Sonderkredit zu gewähren. Inwieweit dieser Plan ohne Frankreich durchgeführt werden soll bzw. ob Frankreich sich an ihm beteiligt, ist bisher ebenfalls noch nicht zu übersehen.

In einer öffentlichen Erklärung hob Staatssekretär Castle hervor, daß die Wirksamkeit der von Deutschland eingeleiteten Abwehrmaßnahmen gegen die Krise die Aussichten der Londoner Konferenz stark fördere.

Der Wunsch nach direkter Verständigung Die englischen Banken sollen nicht billiges französisches Geld teuer nach Deutschland verleihen.

Paris, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die Pariser Presse ist mit der ersten Sitzung der Londoner Konferenz wenig zufrieden und befürchtet für die weiteren Verhandlungen ernste Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England in der Frage der finanziellen und politischen Garantien.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ findet die Rede Macdonalds trotz ihres warmen und überzeugenden Tones wenig verständlich. Denn nachdem Macdonald festgestellt habe, daß die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland eine der Hauptbedingungen für die Beseitigung der deutschen Krise ist, sei er dafür eingetreten, daß sich die Konferenz hauptsächlich mit der finanziellen Seite des Problems beschäftige. Dagegen stellt der „Matin“ mit Befriedigung fest, daß Brüning ebenso wie Laval auf die ausgezeichnete Atmosphäre hingewiesen haben, in der die deutsch-französischen Besprechungen in Paris stattgefunden haben. Diese Tatsache sei schon eine sehr große moralische und politische Vorbereitung für eine Kreditoperation. Die Zeitung bedauert, daß Macdonald nicht mit geeigneten Worten die Wirkung dieser deutsch-französischen Annäherung unterstrichen und vertieft, sondern im Gegenteil so getan habe, als ob er die Pariser Verhandlungen ignorieren wolle und als ob er ein eigenes Verfahren für die Wiederaufrichtung Deutschlands habe. Die Zeitung lehnt sich gegen die Forderungen der englischen Bankiers auf, die allein den Nutzen aus der Kreditoperation zugunsten Deutschlands ziehen möchten, indem sie

von Frankreich Geld zu niedrigen Sätzen leihen und es zu hohen Sätzen Deutschland weitergeben wollten.

Wenn Deutschland und Frankreich sich verständigen, brauche das französische Geld — so schreibt das Blatt weiter — nicht den Weg über London, New York oder Zürich zu machen, um in Deutschland zu arbeiten.

Der Berichterstatter des „Pitt Journal“ führt aus, England und Amerika hätten nur einen guten platonischen Willen und ihre Vertreter verlangten beinahe auch eine internationale Hilfe als Ausgleich für die Verluste, die ihre Landesleute bereits erlitten haben. Das sei nicht mehr ermutigend. Man müsse aber Geduld haben. Denn bei internationalen Konferenzen komme es häufig vor, daß sich die Temperatur erst während der Verhandlungen erhöhe und daß sich erst allmählich eine gewisse Solidarität bilde, die die Unterhändler über die Grenzen hinwegziehe, die sie sich vorher gesteckt hätten. Für den Augenblick müsse man vorsichtig die Begeisterung festhalten.

Das Augustgehalt.

Zwei Raten für Beamte. — Ermächtigung für Privatunternehmer zur Ratenzahlung.

Auf Grund des § 48 der Reichsverfassung hat die Reichsregierung eine Notverordnung erlassen, die bereits in der heute erschienenen Nummer des Reichsgesetzblattes enthalten ist und nach der an die Beamten, Ruhegehaltsempfänger und Angestellten des Reiches, der Länder und Gemeinden vorübergehend an dem nächsten Gehaltsfälligkeitstermin nur die Hälfte der sonst üblichen Zahlungen geleistet zu werden braucht und der Rest am 10. August gezahlt werden muß.

In dem Gesetz ist gleichzeitig eine Ermächtigung für die Privatunternehmer dahin vorgehen, daß auch sie vorübergehend gestaffelte Gehaltszahlungen einfließen können, und zwar nur, soweit es sich um Monatsgehälter handelt. In der Verordnung wird jedoch ausdrücklich bestimmt, daß am Fälligkeitstermin mindestens die Hälfte des Gehalts zu zahlen ist und zehn Tage später die andere Hälfte.

Ferner sieht die Verordnung eine Bestimmung vor, nach der alle von ihr betroffenen Personen entsprechend der Kürzungen auch ihre Mieten entrichten können, d. h. jeweils in zwei Raten.

Vor dem hanger Gerichtshof verlangten Oesterreich und die Tschechoslowakei einen besonderen Richter ihrer Staatsangehörigkeit. Der Antrag wurde abgelehnt. Dann begannen die Plädoyers.

Um 20 Mark.

Noch immer Ansammlungen vor den Sparkassen.

Während im Berliner Bankenviertel wie schon am gestrigen Montag eine bemerkenswerte Ruhe herrscht, sind vor den Filialen der Städtischen Sparkasse auch heute noch Ansammlungen von Sparern zu verzeichnen, so daß Polizeiposten, allerdings nur einzelne Beamte, den Geschäftsverkehr regeln müssen.

Wie uns die Zentralverwaltung der Berliner Sparkasse um 1 Uhr mittags mitteilt, hat jedoch der Andrang gegenüber dem Montag etwas nachgelassen. Besonders die Hauptkasse am Mühlendamm hat heute einen ruhigeren Betrieb. Das schließt nicht aus, daß das Bild vor den vielen Filialen der Sparkasse, die über das ganze Stadtgebiet verstreut liegen, nicht einheitlich ist. So sind Zahlstellen zu beobachten, wo jeder Kunde ohne Warten sofort abgefertigt werden kann; andererseits aber liegen Beobachtungen von Filialen aus dem Norden der Stadt vor, wo sich die ersten Sparere bereits um 5 Uhr morgens angestellt haben, um Beträge bis zu 20 Mark abzuheben. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Sparere, die am Montag erst kurz vor Kassenschluß kamen und dann nicht mehr abgefertigt werden konnten, so daß sie sich heute schon in den frühen Morgenstunden anstellten. Wenn andere Sparere derartige Ansammlungen sehen, durchschwirren sofort Gerüchte die einzelnen Stadtviertel und selbst bisher besonnene Sparere werden unruhig und stellen sich mit an.

Daß hierzu jedoch nicht der geringste Anlaß vorliegt, beweisen die Mitteilungen der Sparkasse der Stadt Berlin über die Auszahlungen am Montag.

Danach haben von 900 000 eingeschriebenen Sparern ganze 37 000, also noch nicht einmal 5 Prozent, von ihren Guthaben Abhebungen gemacht. 326 Sparere haben sogar Einzahlungen vorgenommen.

Die Schlangen vor den Sparkassen dürften noch kleiner werden oder ganz aufhören, wenn endlich alle Kunden wissen, daß bis Donnerstag auf jedes Konto nur einmal Abhebungen gemacht werden dürfen, wie es der Pfandtausch vor den Zahlstellen ja auch eindeutig sagt. Es ist zwecklos, jeden Tag anzutreten, um jeden Tag Geld abzuheben.

Eine Erklärung der Deutschen Bank.

Zur Zahlungseinstellung der Danat.

Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft teilt mit: Die gegenwärtige Lage scheint uns ungeeignet, um auf die vielerlei Angriffe, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank gegen uns gerichtet worden sind, im einzelnen zu erwidern.

Wir beschränken uns daher auf die Feststellung, daß wir keinen Schritt unternommen haben, der nicht vorher mit den anderen Berliner Großbanken vereinbart war. Zur Kennzeichnung unserer Einstellung und unseres Bestrebens, die Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank zu verhindern, sei die Tatsache angeführt, daß die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft noch am Sonnabend, also an dem der Zahlungseinstellung vorangegangenen Werktage, der Darmstädter und Nationalbank mit 30 Millionen Mark zu Hilfe gekommen ist.

Im Mausloch.

Unternehmerführer sagen: Die Reichsregierung wird's schon schaffen.

Seit Deutschland in der schwersten aller Wirtschaftskrisen steht, die es je durchzumachen hatte, hat man von den Wirtschaftsführern, die jahrelang allen Reichs- und Staatsregierungen gute Ratsschlüsse zu geben mußten und sich im Schmalen gar nicht genug tun konnten, kein Sterbenswörtchen gehört. Es ist noch kein einziger dieser sogenannten Wirtschaftsführer aufgestanden, um der Öffentlichkeit zu sagen, wie man dem durch sie entscheidend mitverschuldeten Unglück zu steuern habe. Es ist 1931 beinahe wie 1918 mit den Vertretern des alten Systems. Unsere braven deutschen Wirtschaftsführer scheinen sich heute ebenso in die Mauslöcher verkrochen zu haben wie damals die politischen. Freilich hört man eines Mannes Stimme: Herr Duisberg, der jetzige Ehrenpräsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, hat in der Volksversammlung der Solinger Industrie- und Handelskammer gesprochen. Er stellte als einmütige Meinung des Kollegiums fest: das deutsche Volk dürfe mit Zuversicht die Erwartung hegen, daß die Reichsleitung durch tatkräftiges Eingreifen die gegenwärtige Finanzkrise überwinden werde.

Wir halten es nicht für unbedeutend, daß die Solinger Industrie- und Handelskammer, die ja immerhin auch zum Ruhrgebiet gehört, der Reichsregierung ihr Vertrauen ausspricht. Aber daß es das tatkräftige Eingreifen des Staates ist, das die gegenwärtige Krise überwinden muß, das ist nicht die Ansicht der großspurigen Wirtschaftsführer, die sich diese Aufgabe zutrauen, das ist eine Situation, die das Versagen unserer Wirtschaftsführer nur zu gut charakterisiert.

Hitlers „legale“ Fluchtzentrale.

Wieder Nazimörder in Oesterreich verhaftet.

Nach den Nazimördern aus der Hufelandstraße ist jetzt wiederum ein wegen Mordtat ständerrichtlich verfolgter reichsdeutscher Nationalsozialist in Oesterreich verhaftet worden. Es handelt sich um einen gewissen Erich Böttcher aus Berlin-Siemensstadt, der beschuldigt wird, in Kolberg a. d. Ostsee einen Parteigegner erschossen zu haben. Böttcher ist ebenso wie die Mörder aus der Hufelandstraße durch die Fluchtzentrale der NSDAP über die österreichische Grenze gebracht worden. Es wurde ihm in Graz eine Anstellung besorgt und er trat auch dort der Heimwehr bei!

Damit ist wieder einmal das „streng legale“ Treiben der Nationalsozialisten blutig belegt. Während Hitler vor Gericht Cide schwört, wonach jede illegale Handlung automatisch den Ausschluß aus der NSDAP nach sich ziehe, werden in Wirklichkeit Mörder und Totschläger in strafbarer Weise von der Parteileitung begünstigt. Es wird höchste Zeit, daß die Staatsanwaltschaft sich sehr energisch um diese systematische Fluchtbeginnigkeit bekümmert und rücksichtslos gegen alle Personen einschreitet, die strafrechtlich verfolgten Nationalsozialisten zur Flucht über die Grenze verholfen haben.

Zum französisch-schweizerischen Streit um die erste Zone hat die Schweiz beantragt, vom Haager Gericht entscheiden zu lassen, da die französischen Vorschläge unannehmbar seien.

Drohung mit Verbrechen

Nationalistischer Erpressungsversuch an Brüning

Die Führer der „nationalen Opposition“ haben, wie III. mitteilt, an Reichskanzler Brüning nach London folgendes Telegramm gerichtet:

Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wird die unverhüllte Absicht Frankreichs entgegengekehrt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden. Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volke, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derart gewachsen ist, daß allorts gefährliche Gedankengänge aufkeimen.

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt, will und kann die ihm aufgezwungenen ungeredeten Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schwächung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten.

Die gesamte nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundeinstellung auf neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht ansehen wird.

Graf von der Goltz, Hitler, Hugenberg, Graf Kolditzky, Bethge, Lind, Seldie und Düsterberg.

Die sogenannte „nationale Opposition“ benützt die schwierigsten Situationen, um systematisch die Verhandlungssituation für Deutschland durch ihre Kundgebungen zu verschlechtern. Sie läßt ihrer Erklärung vom 10. Juli, daß sie in den Entscheidungskampf zur Niederrückung des heutigen Systems eingreifen und durchdringen wolle, heute eine zweite

Erklärung nachfolgen, die deutlicher noch als die Kundgebung vom 10. Juli unverhüllte Drohungen gegenüber der Reichsregierung und die Ankündigung hochverräterischer Unternehmungen enthält.

Der Hinweis auf die „gefährlichen Gedankengänge, die in der Jugend keimen“, ist die nackte und unverhüllte Drohung, daß Brüning und Curtius daselbst Schicksal erleiden könnten, wie Erzberger und Rathenau. Niemand im In- und Ausland wird daran zweifeln, daß dieser Satz diese Bedeutung haben soll. Eine solche Drohung gegenüber den Vertretern Deutschlands in London ist mehr als ein Erpressungsversuch, es ist ein Verbrechen!

Die weitere Erklärung, daß die sogenannte nationale Opposition weitere Bindungen gegenüber Frankreich für sich nicht als rechtsverbindlich anerkennen werde, ist praktisch bedeutungslos, denn die Herrschaften bilden nicht die deutsche Regierung. Aber diese Erklärung wird den französischen Scharfmachern Wasser auf ihre Mühlen gießen, und sie ist deshalb ebenfalls geeignet, die Verhandlungssituation für Deutschland zu verschlechtern.

Verantwortlich für diese Erklärung sind die Führer der Deutschen nationalen, der Nationalsozialistischen Partei, des Reichslandbundes und des Stahlhelms. Wie lange will die Reichsregierung der unverantwortlichen Wurdhebe und der unverhüllten Ankündigung hochverräterischer Handlungen, die von diesen Kreisen ausgehen, noch zusehen?

Die Londoner Konferenz.

Schluß nicht vor Ende der Woche.

London, 21. Juli.

Vor der heutigen Vormittagskonferenz hatten Reichskanzler Dr. Brüning und Staatssekretär Dr. Schaeffer vom Reichsfinanzministerium eine einstündige Besprechung mit Snowden und Koff im Schokamt, während Reichsaußenminister Dr. Curtius und Staatssekretär von Bülow eine Unterredung mit Henderson im Foreign office hatten.

Um 10 Uhr begann dann die Konferenz der sechs Regierungen.

Die Londoner Konferenz wird sich, wie in Berlin erklärt wird, voraussichtlich bis Ende dieser Woche hinziehen. Am Donnerstagabend findet ein Empfang der Konferenzteilnehmer durch den englischen König statt.

Finanzminister heute nachmittag.

Um die dauernde Gesundung Deutschlands.

London, 21. Juli.

Die Siebenmächtekonferenz vertagte sich um 12.45 Uhr über die Mittagspause. Ueber die Vormittagsstimmung wird folgendes Communiqué ausgegeben:

Die Konferenz ist um 10 Uhr im Foreign office zusammengetreten und hat über internationale finanzielle Zusammenarbeitsmöglichkeiten beraten, die geeignet sein könnten, möglichst umgehend das wirtschaftliche Gleichgewicht in Deutschland wiederherzustellen, und zwar als Vorbereitung zur Prüfung weiterer Maßnahmen, die sich als notwendig herausstellen sollten, um die Finanzsituation Deutschlands für dauernd wieder auf eine feste Grundlage zu stellen.

Es wurde vereinbart, daß die Finanzminister der auf der Konferenz vertretenen Mächte sowie Reichskanzler Brüning, heute nachmittag unter dem Vorsitz MacDonalds zu einer neuen Sitzung zusammentreten sollen, in der die Prüfung der aufgeworfenen Fragen fortgesetzt werden soll.

Schwere Unruhen in Sevilla.

Vier Tote — 150 Verhaftete.

Madrid, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die am Montag gemeldeten Ereignisse in Sevilla waren äußerst schwerer Natur. Der Führer der Syndikalfisten hatte in einer Versammlung die Auflösung der Guardia Civil, den Kopf des Innenministers und ähnliches gefordert. Die Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht wurden durch eine Manifestation der Syndikalfisten ausgelöst, die das Begräbnis eines ihrer Anhänger zu einer großen Kundgebung ausmündete. 3000 Manifestanten überrannten zuerst die Polizeiposten. Es entspann sich eine Schlägerei zwischen der Guardia Civil und den Syndikalfisten, wobei die Syndikalfisten die Angreifer waren. Hierauf erhielt die Guardia Civil den Befehl, auf Ansammlungen ohne jegliche Ankündigung zu schießen. Nachdem zwei Polizisten getötet worden waren, ging die Guardia Civil unerbittlich vor. Insgesamt wurden zwei Polizisten und zwei Syndikalfisten getötet und einige Personen schwer verletzt. Im Laufe der Nacht konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Es wurden 150 Verhaftungen vorgenommen. Die Druckereien haben sich dem 48stündigen Generalstreik der Syndikalfisten angeschlossen; es erscheinen keine Zeitungen, die Verkehrsmittel haben den Betrieb eingestellt. Teile der Stadt, in denen sich Streikende aufhalten, sind völlig umzingelt.

Ähnliche Unruhen sollen sich auch in anderen Städten, wie Valencia, Cordoba, Cadix und Xeres, zugetragen haben.

Wirtschaftszusammenbruch in Mexiko.

Mexiko City, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die Berufung des Expräsidenten Calles zum Finanzdiktator steht angesichts der alarmierenden Währungsschwierigkeiten, unter denen Mexiko in letzter Zeit außerordentlich leidet, unmittelbar bevor. Die Regierung hat die Gehälter der Beamten und Angestellten sowie der Angehörigen der Armee stark reduziert. Das Wirtschaftsleben ist durch die Entwertung des Silberpesos sehr gestört.

Blutige Saalschlacht.

Sechs Reichsbannerkameraden schwer verwundet.

Bad Odesloe, 21. Juli.

Im Laufe einer am gestrigen Abend hier abgehaltenen Versammlung der Radikaldemokratischen Partei kam es zwischen 60 Reichsbannerleuten, die den Saalstuh verfasen, und einer 100 Mann starken Abteilung Nationalsozialisten, welche keinen Einlaß mehr fanden, zu einer blutigen Schlägerei, bei der sechs Reichsbannerleute schwer verwundet wurden. Die Polizei nahm vier Nationalsozialisten fest.

Schwere politische Bluttat.

Ein Toter und drei Schwerverletzte.

Glogau, 21. Juli.

In Aufzug (Kreis Freystadt) am Schlawer See kam es am Sonntag bei einem öffentlichen Tanzergängen zu schweren und blutigen Ausschreitungen zwischen etwa 30 Kommunisten und Nationalsozialisten sowie Mitgliedern des Stahlhelms.

Drei Nationalsozialisten sind dabei schwer verwundet worden. Der 63jährige Landwirt Hermann Schmeißer, der dem Stahlhelm angehört, wurde durch einen Schlag mit einer gefüllten Bierflasche auf den Kopf getötet. Das Totale wurde fast vollständig demoliert und der Gastwirt, ein 60jähriger Mann, verletzt. Die Staatsanwaltschaft in Glogau hat die Leiche des Erschlagenen beschlagnahmt. Die Täter sollen den Behörden bekannt sein.

Hausdurchsuchung in Frankfurt.

Große Mengen kommunistischen Materials beschlagnahmt.

Frankfurt a. M., 21. Juli.

Die Polizei nahm heute in den frühen Morgenstunden mit großem Aufgebot eine Durchsuchung verschiedener kommunistischer Büros und anderer kommunistischer Stellen vor. Der Polizei war es in der Hauptsache darum zu tun, gewisse Akten, die sich in kommunistischen Händen befinden sollen, aber auch zahlreiche Druckschriften zu suchen und sicherzustellen.

Die polizeiliche Aktion, die kurz nach 11 Uhr beendet war, wickelte sich in aller Ruhe ab. Große Mengen von Material wurden in Bagen auf das Polizeipräsidium geschafft. Ueber das Ergebnis der Durchsuchung sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt.

Racheakt einer Frau.

Den Ehemann im Bett angezündet und verbrannt.

Königsberg, 21. Juli.

In der Nacht zum Dienstag hörten Bewohner eines Hauses auf dem Oberharberberg aus der Wohnung des Eisenbahnassistenten B. geltende Hilferufe. Als sie die Tür erbrachen, fanden sie die Eheleute in den brennenden Betten vor. Der Ehemann hatte bereits schwere Verletzungen erlitten, während die Ehefrau nur leicht verletzt war. Der Mann ist im Krankenhaus seinen Brandwunden erlegen. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß die Frau ihren schlafenden Mann mit Brennspritze übergossen hat und ihn dann anzündete. Darauf versuchte sie auf die gleiche Art Selbstmord zu begehen.

Polen erschließt Spione. In Wilna wurde der wegen Spionage für Litauen zum Tode verurteilte Korporal Szynolow hingeführt. Er soll polnische militärische Dokumente an einen gleichzeitig verhafteten Agenten des litauischen Nachrichtendienstes verkauft haben.

Gegen 53 führende Firmen in Baltimore ist Anklage wegen Vergehens gegen die Prohibitionsgesetzgebung erhoben worden.

Vor Beginn der Bayreuther Festspiele. Das Interesse für die diesjährigen Bayreuther Festspiele ist um ein Vielfaches größer als im Vorjahre. Alle Gerüchte, die den reibungslosen Verlauf der Festspiele mit der augenblicklichen Finanzkrise in Deutschland in Zusammenhang bringen oder von einer Unterbrechung oder ähnlichem sprechen, sind vollkommen unbegründet. Die Festspiele werden programmäßig durchgeführt werden. Die Nachfrage nach den Eintrittskarten hat kurz vor dem ersten Aufführungstag noch besonders stark zugenommen.

Für Aufbau und Neuordnung!

Was die kapitalistische Politik dem Volk gebracht hat

In der Erklärung der Unternehmervereine zu der Kundgebung des sozialdemokratischen Parteiaususses konnte man lesen, daß die deutschen Unternehmer „in einer durch politische Eingriffe verfallenen und in ihrem inneren Ausgleich gehemmten kapitalistischen Wirtschaftsform, die zudem die zerstörenden Folgen der Reparationspolitik zu ertragen hat“, arbeiten müßten. Herr Hugenberg hat diese Klage noch dahin ergänzt, daß jetzt gekommen sei, „was als Frucht der Krankheit Sozialdemokratie kommen mußte“. Wir leben also, so mußte man nach diesen Behauptungen glauben, seit vielen Jahren in einer Zeit, in der der Sozialismus alles, der Kapitalismus aber gar nichts zu bedeuten hat. Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Die Deutschland zugrunde gerichtet haben

Wierinhalf Jahre lang war den kaiserlichen Politikern, den Generalen und den großen „Wirtschaftsführern“ Gelegenheit geboten, ihre Fähigkeiten zu erweisen. Wierinhalf Jahre lang haben sie ununterbrochen „gesiegt“. Vorgekehrt wurde dem deutschen Volke verkündet, daß es nur noch ganz kurze Zeit dauern werde, bis alle Gegner Deutschlands auf die Knie gezwungen seien. Die Schwerindustriellen hatten schon längst ganz Belgien und Nordfrankreich bis zur Maaslinie annektiert, dazu noch das Erzbecken von Longwy, das französische Nordafrika und die jetzigen Kolonien Großbritanniens. Die ostelbischen Großgrundbesitzer, auch nicht faul, wollten das halbe Osteuropa in die Tasche stecken. Ludendorff gab seinen Segen dazu. Die kaiserlichen Minister schwächten von den vielen Milliarden, die die Kriegsgegner Deutschlands wie ein Bleigewicht durch die Jahrzehnte hindurch mitschleppen mußten. Die Alldeutschen, die Vorläufer der heutigen „nationalen Opposition“, berechneten schon 1917 die Kriegsschuld des Feindes an Deutschland mit 200 Milliarden Mark, was nach ihrer Rechnung einer Jahreszahlung von 13 Milliarden Mark entsprechen hätte. Der jetzige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hergt erklärte am 16. Januar 1918 als königlich preussischer Finanzminister, daß es bei uns immer besser gehe, drüben aber schlechter. Und er rief aus: „Nun, meine Herren, die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen, noch fliegen, sie wird nicht kommen.“

Diese Armee ist aber trotzdem gekommen, der Krieg ging militärisch, politisch und wirtschaftlich verloren. Als die deutschen Ludendorffs den damaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden ansetzten, sofort den Waffenstillstand herbeizuführen, hatte Deutschland eine Kriegsschuld von rund 145 Milliarden Mark.

Eine furchtbare Erbschaft

Wir stellen zuerst fest: es hat nur rund drei Monate lang eine rein sozialdemokratische Regierung, die der Volksbeauftragten, gegeben. Aber welche furchtbare Erbschaft hatte sie zu liquidieren! Die verhungerte und verelendete Bevölkerung mußte mit Nahrungsmitteln und Bekleidung versorgt werden. Die Wirtschaft war wieder auf die Verzögerung von Friedensverträgen umzustellen. Die heimkehrenden Millionen sollten möglichst reibungslos in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Die Verbindungen mit dem Ausland waren in Ordnung zu bringen, der Abschluß des Friedensvertrages war vorzubereiten. Das alles bei einer zerrütteten Finanzwirtschaft, bei leeren Kassen und Lägern, mit einem heruntergewirtschafteten Verwaltungssystem, mit einem in Unordnung geratenen Verwaltungsapparat. Die Ruiniertheit des alten Systems und die Schuldigen an der Katastrophe hatten sich aus Angst vor der Abrechnung ins Ausland vertrieben. Daß die Sozialdemokratie die ihr zugefallene Aufgabe löste und dabei noch Zeit fand, die politischen Rechte der Arbeiterklasse zu erweitern und die soziale Gesetzgebung entscheidend zu verbessern, das gereicht ihr vor der Geschichte zu unaussprechlichem Ruhme.

Wir stellen weiter fest:

Seit dem 15. Februar 1919 bis zum heutigen Tage hat es keine Reichsregierung gegeben, die von der Sozialdemokratie allein befehligt gewesen wäre, bis auf eine ganz kurze Zeit hatten darin die bürgerlichen Parteien die Mehrheit.

Die Sozialdemokratie hat das deutsche Volk vor dem Zusammenbruch gerettet, hat die Arbeiterklasse vor der Vernichtung bewahrt, hat die Voraussetzungen für den Neuaufbau des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Nation geschaffen. Als die größten Gefahren beseitigt waren, als das deutsche Volk wieder aufzuatmen begann, da erschienen wieder die Führer des Bürgertums auf der Bildfläche, um die Arbeiterklasse der Früchte zu berauben, die dank der Tätigkeit der Sozialdemokratie zu reifen begannen.

Der Raubzug auf den Staat

Von Ende 1923 bis Juni 1928 gab es nur bürgerliche Regierungen, mit bürgerlichen Finanz- und Wirtschaftsministern. Das war eine geeignete Zeit für die besitzenden Klassen! Insbesondere unter dem deutschnationalen Reichsfinanzminister Schuleren wurden die Massensteuern in unerhörter Weise angeknüpft, und dadurch hohe Ueberschüsse erzielt. Von den Mehrerträgen im Betrage von 2,7 Milliarden Mark, die in den Jahren 1924 und 1925 erzielt wurden, stammten allein 2,3 Milliarden aus Massensteuern und nur 0,4 Milliarden aus Besitzsteuern. Wo sind alle die Gelder geblieben? Wurden die sozialen Leistungen wesentlich erhöht. Flossen die Summen an das Ausland ab? Nichts von alledem.

In diesen Jahren hat das Reich allein an Garantien und Krediten mehr als 700 Millionen Mark gegeben.

Es erhielten die Werften 50 Millionen, der Röchling-Konzern 20,5 Millionen, die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik 19 Millionen, die Junkers-Werke 14,7 Millionen, der Stumm-Konzern 12,5 Millionen, die Oberschlesische Hütten-Gesellschaft 36 Millionen, die Bergwerks-Gesellschaft v. Giesches Erben 25 Millionen. Mit reichen Zuwendungen wurden das Kalshindikat, die Hochindustrie, die Traktorenindustrie, die Kartoffel- und Stärkeindustrie, die Agrarwirtschaft und die Mittelstandsorganisationen bedacht. Zu alledem kamen aber noch die 715 Millionen Mark, die an die Ruhrindustriellen gezahlt worden sind. Danach hatten erhalten die Familie Stinnes 100 Millionen, der Hopener Bergbau 33 Millionen, Röhner 17 Millionen, Mannesmann 19 Millionen, Phoenix 18 Millionen, die Rheinischen Stahlwerke 20 Millionen, Thyssen 34 Millionen, Krupp 15 Millionen.

Wie es in der bürgerlichen Wirtschaft aussieht

Die Jahre von 1924 bis Mitte 1928 waren im allgemeinen eine Periode aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur. Das deutsche Unternehmertum hat sie nicht dazu benutzt, um sie für die Volkswirtschaft als Ganzes nutzbar zu machen. In der Treibhausluft staatlicher Subventionierungs- und handelspolitischer Protektionspolitik entwickelte sich der Kartell- und Monopolkapitalismus. Einer der besten Kenner dieses Systems, Professor Eugen Schmahlenbach, belächelt kein Sozialdemokrat, hat in einem Vortrag am 1. Juli 1928 dieses System in folgender Weise geschildert:

„Veraltete und völlig unwirtschaftliche Verwaltungseinrichtungen, unnötigerweise eingeschobene Handelsgesellschaften, allen diesen Dingen begegnet man in der neuen Wirtschaft auf Schritt und Tritt. Uebertriebenen Bürokratismus, übermäßige Schwere, übermäßige Kostspieligkeit der Verwaltung und übergroße Gehälter und Lantimen leitender Personen findet man bei diesen monopolistischen Organisationen allenhalben.“

Diese Feststellung Schmahlenbachs kennzeichnet das wirtschaftliche System, wie es sich in Deutschland entwickeln konnte, als es keine „Marxisten“ in der Reichsregierung gab, als die Sozialdemokratie

und damit die Arbeiterklasse von der Leitung der Regierungsgeschäfte ausgeschlossen war.

Kein Ausgleich, sondern Neuordnung!

Das deutsche Volk, das in seiner gewaltigen Mehrheit jetzt endlich erkannt hat, daß das kapitalistische System an den heutigen Zuständen die Schuld trägt, muß den von den Unternehmern jetzt angebotenen „Ausgleich“ ablehnen. Es darf keine Wiederherstellung der Allmacht der bisherigen Wirtschaftsführer geben, vielmehr muß der Weg freigemacht werden für eine nach sozialistischen Grundsätzen geordnete Gesellschaft.

Herrn Hugenberg mag die Sozialdemokratie als „Krankheit“ erscheinen, denn sie bedroht ihn und seine kapitalistischen Gesinnungsgenossen von der Ostbank, von der Reichsbank, von der Nordmühle und von der Danat mit Untergang. Das werktätige Volk in seiner Gesamtheit aber muß endlich einsehen, daß nur von der Sozialdemokratie Befreiung und Rettung kommt. Von den Katastrophepolitikern der Sorte Hugenberg und Hitler haben wir genug und übergenug. Wir wollen Aufbau und Neuordnung, wir wollen ein Volksleben, in dem der Gemein Sinn und nicht der Eigennuß herrscht! Eugen Prager.

Festspiel im Wiener Stadion

Zur Eröffnung der Arbeiter-Olympiade

Am Vorabend der Arbeiter-Olympiade wurde im Wiener Stadion das große Festspiel von Robert Ehrenzweig vor 60 000 Zuhörern aufgeführt. Es war nicht nur ein Schauspiel, sondern ein elementares Gefühlsbetriebsmittel, das allen Teilnehmern unvergänglich bleiben wird. Schon der erste Eindruck beim Betreten des Stadions war überwältigend: die weite Arena, in deren Mitte ragend der Turm des Kapitalismus stand, der bunte Ring der Rassen, der vom Glanze der Abendsonne durchleuchtete Himmel, Fanfarenbläser schreiten auf die vier Ecken der Plattform auf dem Turm; das Spiel kann beginnen. Handwerker in mittelalterlichen Kleidern wandeln aus dem Turm in die Rassenfläche, Schmitter und Schmitterinnen, Schneider, Schuster, Schmiede — Vision eines goldenen Zeitalters, vor dem die Menschen träumen, Hüße von Leben und Lebenslust, verkörpertes Volkslied.

In dieses Idyll hinein raffelt und knattert, gellt und dröhnt Maschinenlärm. Die sturzbegierigen Gruppen erstarrten. Fahl und farblos hebt das eiserne Zeitalter der kapitalistischen Maschinerie an. Im monotonen Rhythmus einer entseelten Arbeit ziehen die Proletarier in die Arena. Ueber dem Turme steigt die goldene Frage des Kapitalismus empor, und der Turm selber steht noch da. Das Gerippe der Konstruktion wird bloßgelegt: Schreibmaschinen klappern; Telegraphen rattern; Motore stampfen ihren tristen Gesang. Kurze Paule; Arbeiterfingerringe laufen herein, aber ihr Reigen zerbricht; die tödliche Arbeit der Männer, Frauen und Kinder geht weiter, und der Priester des Kapitalismus ruft aus dem Turme: „Tragt euer Los in Gottergebenheit und Demut! Es wird immer Reiche und Arme geben. Der Wille des Herrn geschehe!“ Einander durchkreuzend predigt die Lüge des Kapitalismus: „Die Hungernden und Friedenden werden einst geliebt werden“, gellt die Wahrheit des Kapitalismus: „Weizen 23,50, Baumwolle 12,50“, Bibelsprüche und Börsenturse frech gemischt. Die Aktien steigen und die Menschen fallen; das Kapital triumphiert, und Frauen brechen zusammen unter der Last ihrer Arbeit. Da ertönt die Marcellale. Erste Revolte flackert auf. Eine einsame rote Fahne flattert in einer Arbeitergruppe. Die Arbeit wird eingestellt. Gegen den Turm wogt es drohend heran. Trommelwirbel, Kommandorufe. Mit gefülltem

Bonnett dringt Militär in den Raum. Die Revolte wird niedergeworfen; die Auführer werden standrechtlich niedergemacht. In diesem Augenblick stürzen alle Arbeiter und Arbeiterinnen nieder; die Geschosse haben in Wahrheit sie alle getroffen. Durch die Totenstille marschiert das Militär. Die Arbeit geht weiter, der Kapitalismus geht weiter, die Hölle des proletarischen Alltags.

Fanfaren kündigen den Krieg an. Die Kriegsmanifeste aller Staaten werden kundgetan. Die Lüge vom Verteidigungskriege, von der patriotischen Pflicht wird durch die Luft. Der Priester des Kapitals segnet den Massenmord. Kriegsberichte quirlen aus dem Turme; Soldaten gehen zum Angriff vor; Qualm quillt durch den Raum. Uniformierte Menschen halten und hulchen durch das vernebelte Feld, immer schneller, dämonische Hejhog in den Tod, lautlose Kaserne der Opfer, während Militärmärsche tosen und Kriegsberichte lärmen. Immer rascher laufen die Kompagnien vorbei; immer dürstiger werden ihre Uniformen, immer unheimlicher ihre Bewegungen, bis ein Aufschrei alles übertönt: „Du sollst nicht töten!“

Das Feld ist leer. Trauermusik erfüllt den Raum. Frauen in Trauerkleidern ziehen langsam herein. Plötzlich stürmen aus allen Türen Arbeiter in die Arena, durcheinander mugend in höchster Leidenschaft. Wieder Sirenengetöse, wieder der dunkle Rhythmus der Arbeit. Da springt ein Wort empor und wird lautenfüllig aufgenommen: „Genossen, keine Arbeit mehr für den Kapitalismus; nein, Revolution gegen ihn!“ Aus tausend Händen blühen rote Fahnen auf; gegen den Turm schwillt es ungestüm heran; die goldene Frage des Kapitalismus verfinstert, und hoch am Horizont flammen große Sterne, nein, Fackeln, erdenwärts, die mit vollem Lichte das Haupt der Rassen betränzen. Die roten Riesenfähnen der Internationale werden herangezogen, und aus dem roten Turme donnert die Internationale durch das Stadion. 60 000 Menschen sind aufgestanden und stimmen in den Gesang der Internationale ein. Der Dichter, der Regisseur und alle Mitwirkenden haben aus dem Herzen der Masse ein Werk gehoben, das über alles künstlerische hinaus zum sozialistischen Erlebnis wurde.

„Madame hat Ausgang.“

Rose-Theater.

Die gnädige Frau mischt sich als Hausmädchen verkleidet unter das Volk, und hier trifft sie das Schicksal. Sie verliebt sich in einen Buchbinder, der sie von den Angriffen eines Zuhalters befreit. Die Liebe, zuerst eine harmlose Episode, wird so ernst, daß die Welt-dame an Scheidung und an Flucht mit dem Freund denkt, aber der Parvial, der die stützende Fackelung in der Westentasche trägt und an das Sakrament der Ehe glaubt, dankt, als er von der gesellschaftlichen Stellung der Geliebten erfährt. Gegenjähre werden entdeckt, die man nicht überbrüden kann.

Diese Komödie der Franzosen Armand und Gerbido ist mehr als das Schema des Gesellschaftspiels mit dem mathematisch klaren Aufbau, in dem die typisierten Figuren nur um der Handlung willen eine Rolle spielen. Das Stück wirkt wie ein Kompromiß. Hinter dem leicht dahinstreifenden Bühnendialog zeigen sich Gesichter von Menschen und nicht nur Masken. Doch es bleibt bei der Skizze. Man vermißt die Vertiefung, die intime Ausführung, die das Spiel zu einer Komödie größeren Formats erheben würde. Andeutungen dazu sind vorhanden. Die Verfasser lassen es jedoch dabei.

Man findet auch Grundzüge zu einer sozialen Kritik. Der Mann, der Ueberzeugung nach Sozialist, meditiert über den Luxus und die Verschwendungslust der Reichen, er steht in Opposition zu der herrschenden Gesellschaftsordnung und offenbart der vermögenden, tänzelnden Frau die Größe seines Gefühls. Aber diese Haltung, trotzdem aus ihr der Konflikt erwächst, trägt mehr spielerischen dekorativen Charakter. Die Komödie hat keine festen Linien. Regisseur und Darsteller bleibt es letzten Endes überlassen, was sie aus diesem Sujet machen.

Die im Ensemble geschlossene Aufführung unter Leitung Paul Kose stellt die Menschen zu eindeutig hin. Ihr fehlt die Stata der Zwischenräume. In den führenden Rollen Traute Kose und Armin Schweizer, beide etwas zu schwer von Gebild. i. sch.

Fabrikbibliotheken in Amerika. In Amerika werden jetzt in den großen Fabriken Büchereien errichtet. So hat u. a. eine der großen Seifenfabriken in ihrer Hauptfabrik bei Cincinnati eine Bibliothek, die über 2100 Bücher, 300 Magazine und 16 Zeitungen verfügt. Diese ist für die Arbeiter und Angestellten bestimmt und enthält auch eine bedeutende Abteilung von Büchern über Chemie. — Es kommt natürlich alles darauf an, wie die Bibliotheken zusammengestellt sind.

Ruine Canberra.

Vor einigen Jahren, als der fünfte Erdteil noch auf der Höhe seines Wohlstandes war, beschloß die australische Regierung den Bau einer modernen Hauptstadt, in der die letzten Errungenschaften der Hygiene verwirklicht werden sollten. Canberra, die Stadt in der Wüste, sollte mit einem Kostenaufwand von ungezählten Millionen eine Wunderstadt, eine Idealstadt werden, und namhafte Städtebau-Architekten entwarfen die Pläne, in denen große Plätze, breite Straßen, ausgedehnte Parkanlagen vorgesehen waren. In die neue Hauptstadt siedelte über: die Bundesregierung, das Parlament, die Beamtenschaft, kurz alles, was ein Regierungsapparat erfordert. Doch eine Erwartung erfüllte sich nicht: die Einwohner dieser modernsten Hauptstadt der Welt blieben aus. Es stellte sich heraus, daß eine Regierungsverordnung noch nicht imstande ist, eine Bevölkerung anzulocken. Trotz aller Maßnahmen bekam Canberra keine Zuwanderung. Nur die Beamtenschaft bevölkerte die neue Hauptstadt. Die riesigen Wohnblöcke blieben leer, und die Parkanlagen begannen der Verwahrlosung anheimzufallen. Nach einer Regierungsverordnung sind jetzt alle Neubauten und Verschönerungsarbeiten eingestellt worden. In Australien herrscht allgemein die Ansicht vor, daß bald auch die derzeitigen Bewohner der neuen Residenz, die Regierung wie die Beamtenschaft, genötigt sein werden, die Stadt zu verlassen. Man glaubt, daß schon in einigen Jahren von der nach den letzten Errungenschaften moderner Städtebaukunst aus dem Boden gezauberten Hauptstadt nichts übrigbleiben wird als eine Steinruine.

Die Buchdrucker über die Reform der Rechtschreibung. Unter den deutschen Buchdruckern ist kürzlich eine Abstimmung über die Reform der Rechtschreibung veranstaltet worden, an der sich 24 423 Buchdrucker beteiligt haben. Für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der Großschreibung nur für Anfangs- und für geographische sowie Eigennamen stimmten 13 102, für eine Reform mit absoluter Kleinschreibung stimmten 5237 und für die Beibehaltung der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung entschieden sich 6084 Buchdrucker. Es beteiligten sich 10 306 Handwerker, 2464 Maschinenlehrer und 1205 Korrektoren.

Die weiße Bevölkerung in Südostafrika. Nach der neuesten Volkszählung ist die europäische Bevölkerung der südamerikanischen Union seit 1926 um 148 204 Personen, d. h. um 8,84 Proz., auf 1 825 527 Seelen gewachsen.

Mißbrauch des Arbeitsgerichts

Der Unfug der einstweiligen Verfügung

Der Deutsche Holzarbeiter-Berband bestreift gegenwärtig die Tischlerei Holz Kunst-Werkstätten, Prenzlauer Allee 36. Die Belegschaft will mit dem Streik einen Lohnabzug abwehren und sich die seit Jahren im Berliner Holzgewerbe üblichen Ferien auch in diesem Jahre nicht nehmen lassen. Durch ein ganz ungewöhnliches Vorgehen hat sich das Arbeitsgericht Berlin als Waffe des Unternehmers gegen die streikende Arbeiterschaft gebrauchen lassen. Einem Antrage der Arbeitgebervereinigung (Vabeko) entsprechend, erließ nämlich das Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung, die so unglücklich ist, daß man sie im Wortlaut kennen lernen muß. Es heißt da:

„Dem Deutschen Holzarbeiter-Berband wird aufgegeben, es zu unterlassen, daß

- durch Mitglieder seines Vorstandes, oder durch seine Organe, insbesondere durch seine Angestellten und Funktionäre der Ortsverwaltung Berlin, in Wort und Schrift, durch Zeitungen, Flugblätter, Handzettel und dergleichen, durch Versammlungen oder sonstige Propaganda, zur Sperrung des Betriebes der Antragsgegnerin aufzufordern;
- zur Durchführung des Streiks Streikleitungen zu bilden, Streikposten aufzustellen und zu unterrichten, und die Weiterführung des Streiks zu organisieren, oder Arbeitswille durch seine Mitglieder an dem Zutritt zur Arbeitsstelle und an der Verrichtung der Arbeit durch Gewalt, Bedrohung, Beschimpfung usw. zu verhindern.“

Dann heißt es in der einstweiligen Verfügung: „daß vier namentlich aufgeführte Mitglieder der Betriebsvertretung nicht mehr selbst Streikposten stehen und auch andere Streikposten nicht in der Nähe des Betriebes aufstellen dürfen.“

Ebenso wird in der einstweiligen Verfügung die Bildung einer Streikleitung untersagt.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung, gegen die Anordnung der einstweiligen Verfügung, ist Geld- bzw. Haftstrafe angedroht.

Wie dieser unmögliche Gerichtsbeschluss zustande gekommen ist, wissen wir nicht, da ein mündlicher Termin nicht vorlag. Die Tatsache aber, daß sich diese Verfügung auf die §§ 823 und 826 BGB. stützt, zeigt deutlich, daß man hier mit einem Mittel gegen einen gewerkschaftlich geführten Streik vorgeht, mit dem man jeden Streik unmöglich machen könnte.

Das Arbeitsgericht hat, wie die Zitierung dieser beiden Paragraphen beweist, also angenommen, daß der Holzarbeiter-Berband und die Streikenden der Firma in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorzüglich Schaden zufügen.

Wir sind auf die mündliche Verhandlung vor dem Arbeitsgericht, die ja bald kommen muß, äußerst gespannt: erklären aber schon heute, daß die Holzarbeiter Berlins sich unter keinen Umständen durch derartige Maßnahmen ihrer verfassungsmäßigen Koalitions- und Streikrecht illusorisch machen lassen.

die Widerstandskraft der Streitenden ungebraucht sei und daß der Kampf entschlossen weitergeführt werde, solange sich das Konfortium weigere, den Vermittlungsorschlag Lavals anzunehmen. 90 000 Arbeiter und Arbeiterinnen stehen noch im Streik.

In der belgischen Grenze wurde am Montag ein Autobus mit belgischen Arbeitern, die sich auf dem Weg zur Arbeitsstätte befanden, von Streikenden mit Steinen beworfen. Ein Belgier wurde am Kopf schwer verletzt und mußte sich einer Operation unterziehen. Die Angreifer entzogen sich durch die Flucht ihrer Verhaftung. In einer anderen Stelle wurden ein Franzose und ein Belgier verhaftet, die gleichfalls einen Autobus angegriffen hatten.

August Brey im Ruhestand.

Der „Proletarier“ würdigt sein Wirken.

Das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, „Der Proletarier“, hat die erste Seite seiner neuesten Ausgabe der 41 Jahre langen Tätigkeit des Mitbegründers und bisherigen Vorsitzenden des Verbandes gewidmet. Es ist ein überaus feiner Fall in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß es dem Führer eines Verbandes vergönnt ist, über vier Jahrzehnte an der Spitze der Organisation zu stehen und sie aus kleinen Anfängen heraus zu einer Massenorganisation auszubauen. Um die Wirksamkeit dieser Organisation zu ermessen, muß man zurückgehen auf ihre Anfänge, wo sie in den Fabrikbetrieben, besonders in der chemischen Industrie, ein Proletariat vorand, dessen Verhältnisse unagbar trostlos waren. Was kümmerte sich das Kapital der chemischen Industrie um die Opfer seiner Gistbuden?

Wären auch heute noch längst nicht alle gesundheitlichen Schäden aus dieser Industrie ausgeremert sein, es ist schon vieles besser geworden, dank der Tätigkeit des Fabrikarbeiterverbandes, dank der gütigen unermüdbaren Tätigkeit unseres Genossen August Brey. Die Fabrikarbeitserschaft und mit ihr die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung hat der Lebensarbeit August Breys unendlich viel zu verdanken.

Strefemann-Berleumder verurteilt.

Vier Monate Gefängnis im Krefelder Prozeß.

Krefeld, 21. Juli.

Die Krefelder große Strafkammer bestätigte gestern in der Berufungsverhandlung gegen den Bezirksleiter der NSDAP, den Kinderarzt Dr. Diehl in Krefeld, und den Schriftleiter Thomasen in Osterath nach über anderthalbstündiger Beratung das Urteil des Krefelder Schöffengerichts vom 17. April dieses Jahres, das gegen beide Angeklagte auf vier Monate Gefängnis gefaßt hatte, und verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft und der Angeklagten.

Die Beurteilung in zweiter Instanz erfolgte auf Grund des Republikshutgesetzes. Dagegen wurde Dr. Diehl von der Anklage der Berleumdung freigesprochen, da nicht zu widerlegen war, daß er doch noch mit der Möglichkeit gerechnet habe, das Gerücht, das seinen Vornamen gegen Strefemann zugrunde lag, könne wahr sein.

In der Urteilsbegründung wurde die Schwere des gegen Strefemann erhobenen Vorwurfs der Bestechlichkeit und des Landesverrats besonders hervorgehoben. Dr. Strefemann habe, erklärte die Urteilsbegründung, wie auch sein schärfster Gegner anerkennen müsse, bis zum letzten Atemzug seine ganze Kraft dem Staatswohl gewidmet. Die Beweisaufnahme habe im übrigen auch den Nachweis der Unwahrheit der Behauptung erbracht.

Es ist anzunehmen, daß die Beurteilten wieder Revision einlegen werden.

Klemperers Klage wieder abgewiesen.

Die erste Kammer beim Landesarbeitsgericht wies die von Generalmusikdirektor Klemperer gegen das Urteil des Arbeitsgerichts eingelegte Berufung kostenpflichtig zurück. Bekanntlich war nach Schließung der Krolloper der preußische Staat bereit, Klemperer neben den Generalmusikdirektoren Kleiber und Blich bei der Staatsoper zu beschäftigen. Klemperer verlangte aber, daß er dort den Titel und die Rechte eines amtierenden Generalmusikdirektors erhalte, was jedoch vom Staat abgelehnt wurde. Der preußische Staat erklärte, daß er nach wie vor bereit sei, Klemperer in eine Kleiber und Blich gleichgeordnete Stellung in die Staatsoper zu übernehmen. Da es zu keiner Einigung kam, wies das Landesarbeitsgericht Klemperer ab.

Kolonat nach Paris? In Paris ist das Gerücht verbreitet, daß der sowjetrussische Botschafter Domgalewski nach Rostau zurückberufen und durch Frau Kolonati ersetzt werden soll, die Rußland augenblicklich in Stockholm vertritt.

Der Kreis Berlin des Deutschen Studentenverbandes feiert zu seiner diesjährigen Versammlungsfeier am Donnerstag, dem 23. Juli, abends 8 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Berlin W. 9, Bellevue-Strasse 15, ein. Die Festreden werden gehalten von Staatsminister Dr. H. Grimme, Prof. Dr. F. Meineke und Prof. Linpe von der Technischen Hochschule.

Weiter für Berlin: Leichtere Beruhigung und mittags etwas milder. Keine nennenswerten Niederschläge, mäßige Westwinde. — Für Deutschland: Allgemein etwas Besserung. Im Nordosten noch unbeständig und windig mit Schauern.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Seppert, Berlin-Anzeiger: Ed. Glöck. Berlin. Verlag: Formwirts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formwirts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Stern 1 Verlag.

Theater, Lichtspiele usw.

Winter Garden
8.15 Uhr Flora 3434 Saalchen erlaubt
Ballett Edoardowa, 10 Brox, 4 Richys, Mary-Erik-Paul etc.

Reichshallen-Theater
Anfang 8 Uhr
Stettiner Sänger
vom 16. 7. bis 22. 7.
„Alles verrückt!“
Sommerpreise.

SCALA
Barbarossa 8299
Tägl. 8 u. 8 1/2 U.
H. u. H. Williams
Lee Gall-Ensemble
Dir. J. Whirlwind
Bob Ripa
Celia Brandt usw.

PLAZA
Tägl. 8 u. 8 1/2
8 1/2, 2, 5 u. 8 1/2
LEHAR-OPERETTE
Das Land des Lächelns
Kaiserliche Hofoper

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Täglich 8 1/2 Uhr
Dienst am Kunden
von Carl Hain und Max Hansen
Regie: Hans Deppe

Kurfirstendamm-Theater
Blamarkt 448/49
8 1/2 Uhr
Die schöne Helene
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENDAMM 100
Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

PROGRAMM für die Zeit vom 21. bis 23. Juli

BTL
Potsdamer Straße 38
W. 5, 7, 9, S. 3, 5, 7, 9 Uhr
Ich heirate meinen Mann mit Trude Berliner, Igo Sym, Szöke Szakall

Rheinstraße 14
W. ab 8.15, S. ab 8.15 Uhr
Die Mitternachtsaxe mit Harry Piel Riff und Raff als Revolverhelden

Odeon, Potsdamer Str. 75
W. 5, 7, 9, S. 3, 5, 7, 9 Uhr
„M.“ Fritz-Lang-Film

Turmstraße 12
W. 5, 7, 9 U. S. 3, 5, 7, 9 U.
Kismet mit Dita Parlo, Gustav Fröhlich Ein dämonisches Weib mit Lapino Lane

Alexanderstr. 39-40
(Passage)
Den ganzen Tag geöffnet, Stgs. ab 3 Uhr
Die Maske fällt mit Lisl Arns, Anton Polster Lustspielanlage: Zwei Hunde und ein Knochen

Westen
Primus-Palast
Potsdamer Str. 19 Ecke Margaretenstr.
Wochentags 8.15, 7.15, 9.15 Uhr
Sonntags 3.15, 5.15, 7.15, 9.15 Uhr
4 Monate!
Der Schrecken der Garnison mit Felix Bressart
Jugendliche haben Zutritt

Friedrichstadt
Franziskaner
Tageskino ab 11 Uhr vorm.
Georgenstraße (Ecke Friedrichstraße)
Der jüngste Leutnant mit Ramon Novarro
Vagabundenleben mit R. Denry
Tönendes Delprogramm

Moabit
Artushof
Film u. W. 6.30 U. Böhmé Sonntags 3 U.
Perleberger Str. 29
Deutscher Ton- und Sprechfilm:
Der Bergführer von Zakopane mit Domenico Gambino
Tonbeiprogramm — Bühnenschau

Welt-Kino
W. 6.45 u. 9.08 U. Sonnt. ab 4.45 U.
Alt-Moabit 99
100 Proz. Tonfilm: Das gelbe Haus des King Fu mit Charlotte Susa
Tonbeiprogramm — Tonwoche

Charlottenburg
Kant-Lichtspiele
Kantstr. 54 (an der Wilmersdorfer Str.)
W. 5, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr
„M.“ Fritz-Lang-Tonfilm

Wilmersdorf
Atrium Beba-Palast
Kaiserallee, Ecke Berliner Straße
Wegen Renovierung vorübergehend geschlossen

Schöneberg
Titania Schönebg. Wchtig.
Hauptstraße 49 Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr
100 Proz. Tonfilm: Zweierlei Moral mit Eiga Brink, Walter Rilla
Tonbeiprogramm — Tonwoche

Friedenau
Kronen-Lichtspiele
Rheinstr. 65 Wochentags 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr
Tonerfolg: Der wahre Jakob mit F. Bressart, Robert Gutes Delprogramm

Steglitz
Titania-Palast W. 6.30, 9 U. S. 3, 5, 7, 9 U.
Steglitz, Schloßstr. 5, Ecke Gasmuthsstr.
Tonfilm-Uraufführung: Elisabeth von Oesterreich (Leidensweg einer Frau) mit Lil Dagover, Paul Otto
Delprogramm — Tonwöchenschau

Zehlendorf-Mitte
Zeli Wochentags 7, 9 Uhr
Sonntags 5, 7, 9 Uhr
Potsdamer Str. 40 Stg. 3 Uhr: Jugendv.
Tonoperette: Der Bettelstudent mit H. H. Bollmann — Gutes Delprog.

Mariendorf
Ma-Li Mariendorfer Wochentg.
Tonlichtspiele 7 u. 9 Uhr
Chausseestr. 303
100 Proz. Tonfilm: Die Million, Rend Clairs Meisterwerk
Tonbeiprogramm

Tempelhof
Tivoli Berliner Str. 97
Beg. 7, 9 U. Stgs. 3 Uhr: Jug.-Vorst.
100 Proz. Tonfilm: Panik in Chicago mit O. Tschschowa
Fal und Palachen auf Freiersfüßen

Neukölln
Mercedes-Palast
Hermannstraße 212, Ecke Jägerstraße
Woch. 6 1/2, 9 Uhr. Stg. 3, 7, 9 Uhr
Kriminaltonfilm: Das gelbe Haus des King-Fu
Tonwoche — Delprogramm
Auf der Bühne:
2 Palmeros, Sensationsluftakt
Montag u. Dienstag Erwerbslosentage

Südwesten
Lichtspiele Südwest
Blücherstr. 12 W. 7 1/2, So. ab 5 Uhr
100 Proz. Tonfilm: Der Mann, der seinen Mörder sucht mit L. Deyers, H. Röhmann — Gutes Delprogramm

Film-Palast Kammersäle
Teltower Str. 1 W. 6.30, 9, Stg. ab 5 U.
100 Proz. Tonfilm: Das gelbe Haus des King-Fu mit Charlotte Susa
Student sein, wenn die Veilchen blühen mit Franz Baumann

Süden
Primus-Palast
Am Hermannplatz, Urbanstr. 72/76
W. 6.30, 9, So. 5, 7, 9 Uhr
Heute bis Donnerstag!
Tonfilm-Doppelprogramm:
Sag es mit Liedern mit Al Jolson, Sonny boy
Kismet mit Gustav Fröhlich, Dita Parlo — Delprogramm
Montag und Dienstag Erwerbslosentage

Th. am Moritzplatz
Beg. Wochtag ab 6.30, 9. Stg. ab 4.30 U.
Tonfilm: Der Mann, der seinen Mörder sucht mit L. Deyers, H. Röhmann — Dazu: Die geborgte Frau

Südosten
Luisen-Theater
Reichenberger Str. 24
Anf. W. ab 6 1/2 U. Stg. ab 3 U.
2 große Schlager: Rivalen im Weltreich — Sensationsfilm: Erde, großes russisches Filmwerk

Stella-Palast
Köpenicker Straße 11-14
Wochtags 7 u. 9 U., Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr
Der sensationelle Tonfilm:
Kinder vor Gericht (Prezel-Prozeß)
Tonbeiprogramm — Bühnenschau

Sternwarte-Treptow
Dienstag 8, Donnerstag 8 Uhr:
In den Alpen, ein Film von der gewaltigen Schönheit des Hochgebirges

Nordosten
„Elysium“ Prenzlauer Allee 60
Wochent. ab 7, Sonnt. ab 5 Uhr
Tonwöchenschau
Der größte Tonerfolg: „M“
Regie: Fritz Lang — Bühnenschau

Flora-Lichtsp. Landsberger Allee 40/41
W. 6 1/2, 9 U., Stg. ab 4 U.
Tonfilm: Seine Freundin Anette mit Lisl Arns — Weitauf um den Mann mit Bebe Daniels

Osten
Germania-Palast
Frankfurter Allee 314
Wochentags 6.30 U., Sonntags ab 5 Uhr
100 Proz. Tonfilmustspiel:
Der wahre Jakob mit Felix Bressart, Ralph A. Roberts, Anny Ahlers, Paul Henckels — Delprogramm — Auf der Bühne: Hanlo, der große Zauberer

Schwarzer Adler Frankf. Allee 99
Woch. 5, 7, ca. 9, Stg. 3, 5, 7, 9 U.
Tonfilm: Fra Diavolo (Der Teufelsbruder) mit Tino Paffera
Tonbeiprogramm

V. T. Lichtspiele früher Victoria
Frankfurter Allee 48 W. 8, So. 3 Uhr
Auf vielseltigen Wunsch:
Der kessche Josef m. Felix Bressart
Delprogramm

Weidensee
Schloßpark Film-Bühne
Berliner Allee 206-210 6.30, 9 Uhr
Zwei Tonfilme: Panik in Chicago mit Olga Tschschowa, H. Rehmann
Auf Tigerjagd in Indien

Friedrichsfelde
Kino Busch Woch. 6.15 u. 9 U. Stg. 5, 7, 9 Uhr.
Alt-Friedrichsfelde 3
100 Proz. Tonfilm: Ein Burschenlied aus Heidelberg mit Betty Bird, Braunewetter, Willy Fort
Gutes Delprogramm — Woche

Norden
Alhambra Müllerstraße 136, Ecke Seestraße
Wochent. 5, 7, 9 U., Sonnt. 3, 5, 7, 9 U.
Tonlustspiel:
Er und seine Schwester mit A. Ondra
Tonbeiprogramm

Pharus-Lichtspiele
Müllerstr. 142 W. 5, 7, 9 U., Stg. 3, 5, 7, 9 U.
100 Proz. Tonfilm:
Vormittags mit Albert Bassermann, Charl. Ander
Malrosenstreich

Pankow
Palast-Theater
Breite Straße 21a W. 7 u. 9, Stg. 5, 7, 9 U.
Nur drei Tage:
Tonoperette: Liebeswäizer mit L. Harvey, Fritsch
Tonbeiprogramm

Tegel
Filmpalast Tegel Bahnhofstraße 2
Stgs. 2 U. Jgd.-Vorst. W. 6, Stg. 4 1/2 U.
Tonoperette: Die Försterchrisli mit Irene Eisinger, Paul Richter, Oskar Karlweis — Gutes Delprogramm

Hennigsdorf
Filmpalast Beg. W. 6, 8.30 Stg. 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2 U.
Berliner Straße 89 Stg. 2 U. Jug.-Vorst
Tonfilm: Er und seine Schwester mit A. Ondra, Rada Rada, Vl. Barlam
Das ausgezeichnete Delprogramm

Recht — Verbrechen — Psyche

Vorschläge zu einer Rechtsreform / Von P. Skawna, Pretoria

Gegenüber einem Mordprozeß, der in vieler Beziehung dem des Rassenmörders Kürten ähnelt, entwickelte sich zwischen mir — als Sachverständigen — und dem Staatsanwalt (Judge) folgendes Zwiegespräch:

Staatsanwalt: Sie halten den Angeklagten also für geisteskrank?

Sachverständiger: Nein, Euer Lordschafft, für anormal.

Staatsanwalt: Dann sind Sie wohl einer von denen, die alle Verbrecher für anormal halten?

Sachverständiger: Nein, Euer Lordschafft.

Staatsanwalt: Was verstehen Sie dann unter einem normalen Verbrecher?

Sachverständiger: Wenn ein normaler Mensch unter anormalen Umständen eine anormale Tat begeht.

Staatsanwalt (schüttelt verständnislos den Kopf): Also, Herr Doktor, wenn ich Sie mit einem schweren Hammer auf den Kopf schlage, Ihnen Ihre Uhr abnehme und mich aus dem Staube mache, bin ich dann normal oder anormal?

Sachverständiger (lächelnd): Sie würden es niemals tun, Euer Lordschafft, es sei denn unter anormalen Umständen.

Staatsanwalt (nach einer Bewegung, die ausdrücken soll: „hoffnungslos“): Sie würden also jedenfalls keinen Verbrecher bestrafen?

Sachverständiger: Das ist nicht mein Amt, Euer Lordschafft.

Ein erstes Sichberühren fremder Welten. Der Richter der alten Welt will strafen. Das ist sein Ziel. Dahin will er auch den Sachverständigen treiben. Hat es aber einen Sinn, zu strafen? Das ist, was in den Antworten des Sachverständigen durchklingt.

Das Schuld-Strafe-Prinzip

Man straft, weil man meint, daß Strafen bessern oder doch zum mindesten abschrecken. Das mag bis zu einem bestimmten Grade richtig sein, zumal, wenn es sich um unentwickelte Geschöpfe, das heißt Kinder, handelt. Aber auch hier ist der Erfolg des Lohn- und Strafsystems anerkanntermaßen begrenzt. Bei Erwachsenen ist er meinen Erfahrungen nach auf ein Minimum reduziert. Ein südafrikanischer Pfarrer (H. A. Batts), der längere Zeit Gefängnisforscher in Pretoria war, gibt in einem Artikel äußerst interessante Beispiele hierfür und beantwortet die Frage, ob Strafe bessert, negativ. Er fand, daß viele Gefangene ihre Ruhe im Gefängnis dazu benutzten, um neue Diebstähle usw. vorzubereiten. Er sagt selbst:

„Unfortunately I have found in the majority of cases that have come under my notice — and they are very many — that persons who embark on a career of crime do not reform because they suffer punishment for their wrong doing.“ („Unglücklicherweise habe ich in der Ueberzahl der Fälle, mit denen ich zu tun hatte — und das sind sehr viele — gefunden, daß Personen, die sich einmal auf die Bahn des Verbrechens begaben, sich nicht darum bessern, weil sie für ihre kriminellen Taten Strafe zu erleiden haben.“)

Der Kürten-Prozeß zeigt außerdem, wie durch die Strafe selbst (z. B. Dunkelzelle) kriminelle Tendenzen positiv gefördert werden können.

Auch die Ansicht, daß die Strafe zum mindesten andere abschreckt, Verbrechen zu begehen, ist kaum haltbar nach dem, was wir über die grausamen Strafen Chinas und die große Häufigkeit von Verbrechen in diesem Lande wissen.

Wenn man trotz dieser Einsichten, die keineswegs neu sind, nicht von dem Lohn- und Strafsystem absteht, dann wohl darum, weil es sehr tief in den religiösen und moralischen Anschauungen unserer Zeit verankert liegt, und weil man — wenn vielleicht auch nicht eingeständenermaßen — fürchtet, daß das Fallenlassen des einen ernste Nachwirkungen auf das Bestehen des anderen haben wird.

Der Unsinn des Paragraphen 51

Man hat gesagt, daß der Kürten-Prozeß die Psychiater und Psychologen vor ein Rätsel gestellt hat, das sie nicht imstande waren, zu lösen. Das stimmt keinesfalls. Meiner Ueberzeugung nach bilden die Untersuchungen des deutschen Psychiaters E. Kretschmer und seiner Nachfolger die Grundlage für die Erklärung eines Verbrechens wie das Kürtens. In einer umfangreichen Arbeit, die auf Untersuchungen an über hundert Kriminellen basiert ist, hat W. A. Willems aus meinem Institut auch den Fall Kürten gewürdigt. Wichtig für unsere Diskussion hier ist,

1. daß es nach den Untersuchungen Kretschmers keine strenge Demarkationslinie zwischen normal, anormal und geisteskrank gibt, sondern daß die Uebergänge gleitend sind. Mit anderen Worten, daß wir es beim anormalen Temperament nur mit einer Steigerung des normalen Temperaments zu tun haben;

2. daß sich im großen und ganzen drei große Temperamentsgruppen unterscheiden lassen, die auf der pathologischen Seite mit großen Krankheitsgruppen in Beziehung stehen;

3. daß eine biologische Affinität (Verwandtschaft in chemischem Sinne) zwischen diesen Temperaments- bzw. Krankheitsgruppen und bestimmten Körperbaugruppen besteht.

Lange vor Kretschmer war bereits bekannt, daß Gefühle einen entscheidenden Einfluß auf unseren Vorstellungsverlauf haben. Kretschmer hat aber noch deutlicher herausgearbeitet, wie die Temperamente als Ganzes auch den geistigen Habitus eines Menschen bestimmen.

Diese Arbeiten Kretschmers sind bereits vielfach auch vom kriminell-biologischen Standpunkt behandelt worden (Benz, Willems u. a.) und man hat auch gefunden,

daß bestimmte Typen von Verbrechen mit bestimmten Körper- und Temperamentstypen zusammengehen.

Daselbe konnte ich in meinen Untersuchungen über Energieformen und Kriminalität konstatieren.

Ins Allgemeine überseht bedeuten diese Feststellungen, die in ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Psychologie, Psychiatrie, Erziehung und Rechtsprechung nicht überschätzt werden können, daß

so wenig wir eine nennenswerte Kontrolle über unsere Körperformen haben, so wenig haben wir sie über unser Geistesleben, das heißt auch über unsere Taten.

Wir werden als Wesen von bestimmten Körper- und Geistesstruktur geboren und sterben als Wesen der gleichen Struktur, nachdem Alter, Erziehung und Umgebung uns bis zum bestimmten Grad geformt, in unserem Wesen aber unverändert gelassen haben.

Vom Standpunkt des Individuums aus wäre es danach in der Rechtsprechung unsinnig, jemanden für etwas zu bestrafen, was er im Grunde nicht ändern kann.

Um es in eine kraße Form zu bringen: Niemand ist nach dem oben Gesagten für seine Taten verantwortlich. Und wenn jemand kriminell wird, so liegt das daran, daß in ihm das Verhältnis zwischen sozialen Hemmungen und Energie (Antrieb) nicht ausgeglichen ist, wie es bei dem normalen Menschen der Fall ist.

Diese Tatbestände machen die Unsinngigkeit des Paragraphen 51 deutlich und legen eine gründliche Reformation der Rechtsprechung nahe.

Wie muß diese neue Rechtsprechung nun beschaffen sein, um den Ergebnissen unserer neuen Einsichten zu entsprechen?

Schon das von uns verworfene Schuld-Strafe-Prinzip hat außer der individuellen auch eine soziale Seite, die ich teilweise angedeutet habe. Man will abschrecken. Außerdem aber will man die Gesellschaft vor dem gefährlichen Individuum schützen. (Siehe Bericht des „Vorwärts“ über Kundgebung der Liga für Menschenrechte über „Kürten und die Todesstrafe“.)

In extremen Fällen (Todesstrafe, lebenslängliche Freiheitsstrafe) ist das konsequent. Wie aber kommt dieses „Recht der Volksgemeinschaft“ in allen anderen Fällen zur Geltung? Bleibt doch, wie wir gesehen haben, der Mensch nach seiner Gefängnisstrafe derselbe. Also weiter eine Gefahr für die Gemeinschaft! Hier liegt eine andere Schwäche des Schuld-Strafe-Prinzips. Das Recht der Volksgemeinschaft gegenüber dem Individuum ist in seiner sozialistischen Natur durchaus wert. Angelpunkt und Ausgangspunkt der neuen Rechtsprechung zu werden. Es muß allerdings konsequent gewahrt werden, ohne dabei die Freiheit des Individuums mehr als notwendig zu beschneiden und ohne von dem Schuld-Strafe-Prinzip Gebrauch zu machen.

Die neue Form der Rechtsprechung

Wir werden zu diesem Zweck nach wie vor Richter und Advokaten nötig haben, die die rein rechtliche Seite eines Verbrechens aufklären. Handelt es sich um Rechtsbrechung oder nicht? Hat der Angeklagte die Rechtsbrechung verursacht oder nicht? Und so weiter.

Rehmen wir an, daß das letztere der Fall ist, so hört hier der eigentliche Wirkungsbereich des Richters vorläufig auf und die Funktion des Psychologen beginnt.

Seine Aufgabe ist nicht, festzustellen, ob der Angeklagte zurechnungsfähig ist, oder ob er's im Augenblick der Tat war... (Meiner Meinung nach braucht man in der heutigen Form der Rechtsprechung gar keinen Sachverständigen dazu. Denn in den Fällen, in denen das Gericht bereit ist, von dem Paragraphen 51 Gebrauch zu machen, kann gewöhnlich ein Blinder mit dem Kruckstock fühlen, daß der Täter geisteskrank ist.)

Die Aufgaben des Psychologen in der neuen Form der Rechtsprechung würden folgende sein:

1. Festzustellen, ob der Angeklagte normal ist oder nicht.
2. Im behaftenden Falle, das heißt, wenn die Tat mehr aus den Umständen erwachsen ist, als aus dem Individuum, so liegt kein Grund vor, etwas gegen den Angeklagten zu unternehmen. (Zeitung ist notwendig.)
3. Im vermeintenden Falle gilt es, weiter festzustellen, wie das abnormale Individuum zu behandeln ist, um die Gesellschaft vor ihm zu schützen.

In allen Fällen würde der Befund des Psychologen zum Gericht zurückgehen und es wäre nun Aufgabe des Gerichts, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Das heißt also, daß eine solche Reformation der Rechtsprechung notwendig

auch eine Reformation des „Strafzuges“

nach sich zieht. — Gefängnis und Zuchthaus sind nach dem Gesagten in ihrer bisherigen Form unsinnig. Besserung der Umstände des täglichen Lebens (Berufsschule usw.) in leichteren Fällen, ständige Ueberwachung in anderen, können für die in Frage, die für das gesellschaftliche Leben zurückgewonnen werden können. In allen anderen Fällen aber zeigt sich eine gewisse Härte dieser neuen Rechtsprechung. Wo immer es sich erweist, daß ein Angeklagter sich als Gefahr für die Gemeinschaft erweist, muß er dauernd von ihr isoliert werden, wenn kein Vorgehen, für das er vor das Gericht gebracht wurde, auch gering sein mag.

Man braucht ihn deshalb nicht in ein Gefängnis zu stecken. Man kann in abgelegenen Teilen Deutschlands Arbeiterkolonien gründen, wo solche Individuen — selbst verheiratete (nach vorheriger Sterilisation) — unter ständiger Aufsicht leben können, ohne dem Staat eine Bürde zu sein. Gefährlichere Fälle würden natürlich gründlicherer Kontrolle bedürfen.

Man mag solches Schema utopisch nennen. Ich behaupte, das augenblicklich herrschende ist in der negativen Richtung unvorstellbarer, als das von mir vorgeschlagene in der positiven.

Hierfür einige Beispiele: In dem Fall, von dem diese Betrachtungen ausgehen, handelt es sich um einen räufälligen Mörder. Nach dem ersten Mord, für den er nicht für schuldig erkannt wurde, erkannten wir, daß es sich um einen Fehlprophet handelte und daß deshalb unter Umständen ein zweiter Mord zu erwarten war. Der zweite Mord ereignete sich nur wenige Monate nach dem ersten. Nach seiner Verurteilung bekannte der Angeklagte noch eine ganze Reihe von früheren Morden einschließlich des ersten.

In einem anderen Fall, der noch bezeichnender ist, wurde ein Schwachsinniger nicht weniger als 50mal verurteilt und bestraft. Man berechne, was dieser einzelne Mensch dem Staat kostet. Er wurde 50mal verhaftet, 50mal verurteilt, 50mal für kürzere oder längere Zeit im Gefängnis verpflegt und in einer Anzahl von Fällen wurden selbst die Berufungsinstanzen seinetwegen in Anspruch genommen.

Bei einer rechtzeitigen Erkennung seines Geisteszustandes hätte er in einer Schwachsinnigenanstalt unter geeigneter Anleitung seinen Lebensunterhalt verdienen können.

Es ist augenscheinlich, daß eine Reformation der Rechtsprechung, wie die von mir vorgeschlagene, das Problem der „Todesstrafe“ nicht berührt. Es hängt alles davon ab, wie man das „Recht der Gemeinschaft“ mit Bezug auf das Weiterleben gemeingefährlicher Individuen interpretiert.

Wenn man aber schon für die „Beseitigung gemeingefährlicher Elemente“ ist, so muß man konsequenterweise auch für die „Beseitigung gemeingefährlicher Elemente“ sein, zum Beispiel der Idioten, der unheilbar Geisteskranken usw. Denn während bei den Verbrechern — beim heutigen Stand der Wissenschaft — eine absolut zuverlässige Prognose nicht möglich ist und während sie unter geeigneter Ueberwachung noch Arbeit für die Gemeinschaft leisten können, besteht bei der anderen Gruppe häufig nicht einmal das primitivste Interesse am Leben. Sie bedürfen dauernder Pflege (Bindung wertvoller Arbeitskräfte), ohne auch nur zur geringsten Gegenleistung fähig zu sein. Außerdem sind sie bei mangelnder Bewachung mindestens ebenso gefährlich wie irgendein Verbrecher.

Nach eine Veränderung erfordert die reformierte Rechtsprechung, und zwar

die Schaffung kriminal-biologischer Institute,

wie sie zum Teil schon in vorbildlicher Weise in München und anderen Städten Deutschlands existieren.

Diese kriminal-biologischen Institute, in denen alle Messungen, Untersuchungsresultate usw. aufbewahrt werden, würden dem Psychologen das geeignete Material bieten, auf Grund dessen er seine Kenntnis des Phärotyps (des Menschen, wie er im Augenblick ist) des Angeklagten zu der des Genotyps (des Menschen wie er ist und wurde) erweitern kann, ohne den eine soziale Prognose immer sehr unzuverlässig sein wird.

Im alles zusammenzufassen: Wenn alle Reform der Rechtsprechung sich nicht verzetteln will, so ist es nötig, von dem bisher angewandten Schuld-Strafsprinzip zu lassen und durch das der Leitung und Vorbeugung zu ersetzen. Das bedeutet, daß dem Kriminalpsychologen ein breiterer Raum in der Rechtsprechung geschaffen werden muß.

Vitamingehalt der Speisepilze

In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ vom Februar 1931 finden sich interessante Mitteilungen über den Vitamingehalt von Speisepilzen und Pilzgerichten aus der Feder des durch seine Forschungen bekannten Prof. A. Schunert und aus der des Dr. A. Reschke. Die Verfasser betonen zunächst, daß der Wert der Pilze als Nahrungsmittel nicht unerheblich überschätzt wird. Die stickstoffhaltigen Verbindungen sind nämlich nur zum Teil wertvolles Eiweiß, die stickstofffreien Teile aber seien nicht so weitgehend verwertbar wie man vielfach annimmt. Unbestreitbar sei dagegen der geschmackliche Wert der Pilze, der auch verdauungs- und ernährungsphysiologisch bedeutungsvoll sei. Die Forschungen über den Vitamingehalt der Pilze lassen die Frage betr. Nährwert der Pilze in neuem Lichte erscheinen. Das Ergebnis der Untersuchungen ist kurz folgendes:

1. Die Pfefferlinge haben einen beträchtlichen Gehalt an Vitamin A. Entsprechende Versuche ergaben die Tatsache, daß der Vitamingehalt der Pfefferlinge bei allen kochenmäßigen Zubereitungsarten unverändert erhalten blieb. Auch die sterilisierten Pfefferlinge gaben zu Bedenken keinerlei Anlaß.

2. Die untersuchten Steinpilze zeigten keinen spürbaren Vitamin-A-Gehalt. Die Leipziger Forscher weisen aber darauf hin, daß man dem Steinpilzgericht durch Braten in Butter sofort den Vitamin-A-Gehalt verleihe kann. Dasselbe Untersuchungsergebnis hatten auch Grünlinge.

Es ist zu beachten, daß nur die Pfefferlinge einen erheblichen Vitamin-A-Gehalt aufweisen. Pfefferlinge gehören zu den besten Vitamin-A-Quellen, die zur Verfügung stehen. Schunert und Reschke untersuchten die Pilze nun noch auf den Gehalt an Vitamin B. Nach den Untersuchungen ist der Vitamin-B-Gehalt der Pilze nur gering. Er bewegt sich im Rahmen dessen, was in den meisten pflanzlichen Nahrungsmitteln an Vitamin B gefunden wird.

Das Vitamin C wurde in keiner Pilzsorte gefunden. Günstiger war das Ergebnis bezüglich des Vitamins D. Dieses antihaltliche Vitamin fand sich in ausreichender Menge auch in Dosenkonserven mit Pfefferlingen. Auch Steinpilzkonserven enthalten antihaltliches Vitamin D. Eigenartig war das Forschungsergebnis bezüglich des Campignons. Hier konnte kein Vitamin-D-Gehalt nachgewiesen werden. Das erklärt sich aus dem Umstande, daß die Champignons in der üblichen Weise in dunklen Räumen gezüchtet waren. Der Vitamin-D-Gehalt konnte nur in solchen Pilzen nachgewiesen werden, die im Walde gewachsen waren. Der Gehalt von Pilzen in insofern besonders wertvoll, weil alle sonst gebräuchlichen Gemüse- und Obstsorten kein Vitamin D nachweisen lassen. Wichtig ist, daß auch in den Pilzkonserven, die ja jederzeit erhältlich sind, das Vitamin D vorhanden war. Dr. S.

Behandlung von Gelenkerkrankungen

Die alte Methode, entzündliche Erkrankungen mit Gold zu behandeln, ist in jüngster Zeit neu belebt worden durch die von A. Feldt hergestellten komplexen organischen Goldverbindungen. Das Mittel stärkt beim Erkrankten die Abwehrfunktionen des Organismus und beschleunigt die Heilungsorgänge. Wichtig ist, daß nach Mitteilungen von R. Freund, Charité Berlin, nach der Anwendung kein Fieber eintritt, und daß ferner keine Injektionsbehandlung notwendig ist, die Spritze also vermieden wird. In 30 Proz. aller Fälle wirkte das Mittel allerdings nicht. In vielen Fällen wurden nach Beendigung der Kur die Gelenke frei bemögligt, wie bei einem völlig Gesunden. Dr. S.

Weltkindertag um Berlin

Kindertreffen im 4. Bezirk

Jessen war der Festort für den Weltkindertag des 4. Bezirks im 1. Kreis (Berlin-Brandenburg). Bereits Sonnabendmittag trafen die ersten Festgäste ein und beim offiziellen Einmarsch in Jossen formierte sich ein stattlicher Zug. Zur Abendfeier versammelten sich über 2000 Zuschauer am Hafen und folgten den Vorführungen der Kinder mit regem Interesse. Singspiele, Tänze, Gymnastik, Gesang und Musik belebten das Programm.

Genosse Krone-Jessen fand passende Worte als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft.

Der anschließende Fackelzug führte zum Bismarckplatz, wo eine Kundgebung mit feierlichem Gelächis den Abend beschloß. Sonntag war alles auf den Beinen. Auf zwei Plätzen sportliche Wettspiele, Stoffläufe, Handball, Fußball- und Völkerballspiele und in der nahen Badeanstalt Schwimmwettspiele. Und dann mittags der Festzug, das war ein Fahnenumzug mit über (nach amtlicher Zählung) 700 Kindern und 4 Kapellen. Eine derartige Kundgebung von Turnern und Kinderfreunden hatte Jossen noch nicht gesehen. Die Durchmarschstraßen waren dicht umsäumt von Festgästen. Genosse Troemel-Jessen sprach als Vertreter des Ortsausschusses die Begrüßung. Dann ein stilles Nachmittagsprogramm: Wiener Kinderübungen, Massensingspiele, Tänze, Sonderaufführungen, End-Stoffläufe, humoristische Wettläufe, kurzum Jubel, Frohsinn, Lachen ohne Ende. Den Abschluß des Festes bildete die Erstaufführung des Sprechchorwerkes: „Hallo — Ihr Arbeiterkinder der Welt —“ Wichtig und eindrucksvoll, dann wieder mahnend oder anfeuernd, so schallten die Worte von 750 Sprechenden Kindern unter lautloser Stille über den weiten Platz.

Bezirks-Kinderleiter Schifan dankte dann im Namen der Kinder für die Unterstützung der Stadt, der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften und allen befreundeten Organisationen. Besonderer Dank gebührt der Einwohnererschaft, die für alle Gäste Freiquartiere mit ausgezeichnete Verpflegung zur Verfügung stellte. Mehraufwendig brauchten Frei-Heil- und Freundschaftsrufe, und der gemeinsame Gesang: „Wann wir schreiten...“ beschließt das Kindertreffen des 4. Bezirks in Jossen: ein Erfolg für Veranstalter und Gäste!

In Brandenburg

Feste in der Arbeiterstadt Brandenburg sind immer erfolgreich. Am 18. und 19. Juli gaben die Kinder der Arbeiterportler, die zu ihrem Weltkindertag aus Ruh und Fern herbeigeeilt waren, Brandenburg das Gepräge. An die zwei Tage in Brandenburg, an die Gastfreundschaft, an all das Schöne was unsere Kinder mitmachen und sehen konnten, wird jedes Kind noch nach Jahren mit Freude denken. Schon am Sonnabendnachmittag begann die Reihe der Veranstaltungen; auf dem städtischen Sportplatz am Grillendamm teilnahmen Hunderte von Kindern im sportlichen Wettkampf. Am Abend im überfüllten Volkshaus eine Bühnenschau und dann der Zapfenstreich der Brandenburger und Rathenower Kapellen brachten Tausende auf die Beine. Im Stadion Grillendamm fand am Sonntagvormittag die Freilübungsprobe statt. Handballspiele, Fortsetzung der leichtathletischen Wettspiele und zwangloses Spielen beschäftigten die Kinder. Der Festzug, an den die besten Spieler der Brandenburger dabei, führte zum Turnerheim der Brandenburger Arbeiterportler; unter Vorantritt von einem halben Dutzend Kapellen marschierten rund tausend Kinder. Im schönen Turnerheim Begrüßungsansprachen, leichtathletische Wettspiele, Hand- und Fußballspiele und als Abschluß unter Beteiligung aller Kinder der große Sprechchor: „Hallo, Ihr Arbeiterkinder der Welt!“

Der Weltkindertag des dritten Bezirks im 1. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes reichte sich würdig ein in die Reihe der Veranstaltungen, die in allen Teilen der Welt an diesem Tage stattfanden.

Dank auch noch den Brandenburgern für die musterzügliche Organisation des Festes und der an unsern Kindern geübten Gastfreundschaft. W. Sabath.

Beschlüsse des Bundestages „Solidarität“

Keine Beitragserhöhung

Der Antrag der Sachungsberatungskommission, die vierteljährlichen Beiträge für Mitglieder von 14 bis 18 Jahren von 55 Pf. auf 65 Pf. und für Mitglieder über 18 Jahre von 1,10 Mark auf 1,30 Mark zu erhöhen, wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Für Mitglieder mit Kleinraffradern (1 1/2 PS.) und Kleinautos wird ein Beitrag von 3,50 Mark vierteljährlich festgelegt. Für Motorradfahrer mit Solomotoren ist der vierteljährliche Beitrag jetzt obligatorisch einschließlich Haftpflichtunterstützung 7 Mark, für Motorradfahrer mit Beiwagen einschließlich Haftpflicht 8 Mark. (Bisher war der Beitrag für Motorradfahrer 2 Mark vierteljährlich und der freiwillige Haftpflichtunterstützungsbeitrag 24 Mark jährlich).

Mit Mehrheit wurde beschlossen: Alle Bezirks-, Gau- und Bundesfunktionäre, sowie die Delegierten zu Bezirks-, Gau- und Bundestagen müssen gewerkschaftlich und politisch organisiert sein. Weitere Beschlüsse: Auf je 3000 Mitglieder des Bundes entfällt ein Delegierter. Es darf nur das Bundesabzeichen getragen werden. Das Tragen von Abzeichen bürgerlicher Parteien oder von Fabriken ist verboten. Mitglieder, die sich bei bürgerlichen Vereinen oder Fahrradfabriken zu Reklamefahrten hergeben, müssen ausgeschlossen werden, es sei denn, daß es ihr Erwerb ist. Ausgeschlossen werden auch jene Bundesmitglieder, die gegen die Interessen des Bundes und der gesamten Arbeiterschaft verstoßen, sich an Rennen über 50 Kilometer beteiligen, einem anderen Radfahrerhelfer oder Verein, ein arbeiterfeindliches politisches Organisationsorgan oder einem bürgerlichen Verein angehören, wenn ein entsprechender Arbeiterverein am Orte ist. Ferner wurden genaue sachungsgemäße Bestimmungen über die obligatorische Haftpflichtunterstützung und die besondere Unfallunterstützung für Motorradfahrer (Beitritt zu dieser Unterstützungseinrichtung ist freiwillig) angenommen.

Angenommene Entschuldigungen:

Die Arbeiterwohlfahrt, veranstaltet in jedem Jahre zu Weihnachten eine Verlosung, deren Lose auch von der Arbeiterschaft vertrieben werden. Die Mitglieder des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverbundes Solidarität stehen den Bestrebungen der Arbeiterwohlfahrt durchaus sympathisch gegenüber, verlangen aber entschieden, daß auch das Fahrradhaus Frischau bei der Beschaffung der Verlosungsgegenstände entsprechend berücksichtigt wird. Die Delegierten des 18. Bundestages bedauern außerordentlich, daß die wiederholten Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung des Bundesgeschäfts mit der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GCK) in Hamburg bzw. deren Abteilung für Hausstandsartikel in Chemnitz wegen Lieferung von Fahrrädern aus der Bundesfabrik erfolglos blieben und die GCK nach wie vor Fabrikate aus einer kapitalistischen Fahrradfabrik vertreibt. Die Delegierten sind der Ansicht, daß die gleiche genossenschaftliche Treue, die von ihnen verlangt wird, auch von der Leitung der GCK, als selbstverständlich vorausgesetzt werden muß und erwarten, daß die GCK ihren Standpunkt ändert und wenigstens einen Teil ihrer Fahrräder in unserem Bundesgeschäft kauft.

Entsprechend dem Antrag der Revisionskommission wurden dem Bundesvorstand und der Geschäftsleitung des Fahrradhauses einstimmig Entlassung erteilt.

In der Sonntagsstunde wurde die Aussprache über den Bericht des Bundes-Sportausschusses fortgesetzt. Der Bundestag unterbrach dann seine Beratungen, um in der Jahnstraße die große Korsofahrt der Rad- und Motorradfahrer des Bundes 20 und der umliegenden Gauen zu sehen, die zu Ehren des Bundestages veranstaltet war. Delegierte und Fahrer begrüßten sich gegenseitig mit kräftigem Frischau. Die angenommenen sportlichen Anträge betrafen vielfach rein technische Fragen, die Art der gestatteten Wettbewerbe für Motorradfahrer, Wertungsbestimmungen für Korfahrer, Langsamfahren und Geschicklichkeitsfahren der Motorradfahrer. Am Sportplatz-Wettbewerb um Meisterchaften dürfen nur Mannschaften mit Frischau-Rädern starten. Ausgenommen davon sind die Räder, die vor Inkrafttreten der neuen Satzung vorhanden waren oder gebraucht besaßen wurden. Bei Austragung von Meisterschaften darf nur mit vollen Punkten gewertet werden. Bei Ausfahrten und Wettbewerben der Motorradfahrer dürfen Fabrikwimpel außer den Frischau nicht mitgeführt werden. Meisterschaften im Radball und Rabpolo sind für Mannschaften unter und über 18 Jahren getrennt auszutragen.

Den Bericht des Bundes-Jugendausschusses erstattete Genosse Kasemann-Hannover. Die Jugendbewegung vereint jetzt insgesamt 67 293 Jugendliche und Kinder, wobei 23 000 neu gewonnen wurden. 1000 Orts-

gruppen haben eigene Jugendabteilungen. In allen Bezirksgruppen sind Bezirksjugendleiter vorhanden. Alles in allem ein bedeutender Fortschritt.

Unsere Werbeprobe, so erklärte der Referent, muß sein: Werttätige radelnde Kinder gehören in den Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität!“ Die anschließende Aussprache ließ das lebhafteste Interesse der Delegierten für die Jugendbewegung erkennen und wurde um 14 Uhr auf Montagvormittag 8 Uhr vertagt.

Tour de France

Einzel- und Länderklassement bisher unverändert

Die letzte Woche der Tour de France hat begonnen, jeder Tag bringt die „Giganten der Landstraße“ dem Endziel näher. Bis nach Paris, wo dieses schwerste und längste Straßenrennen der Welt am Sonntag sein Ende erreicht, sind es aber immer noch mehr als 1000 Kilometer.

Die am Montag erlebte 18. Etappe von Aix-les-Bains nach Evian am Genfer See war nicht allzu schwierig. Der 204 Kilometer lange Weg wies nur zwei größere Steigungen auf, den 910 Meter hohen Col de Tamié (66 Kilometer) und einige 50 Kilometer weiter den 1470 Meter hohen Col des Aravis. Angehichts des schlechten Wetters zeigte keiner der noch im Rennen befindlichen 44 Teilnehmer Lust zu großen Taten, das Feld blieb fast durchweg geschlossen, nur die Schwächsten und die von Defekten betroffenen Fahrer fielen zurück. Kurz vor dem Etappenziel benutzte der Belgier Demuyssere einen günstigen Augenblick und enteilte dem Felde. Er erreichte das Etappenziel, das sich am Ende der 700 Meter langen Geraden des Quai de Bionay in Evian befand, mit einem Vorsprung von 48 Sekunden vor dem 32 Mann starken Gros des Feldes. Den zweiten Platz eripierte sich Reducq gegen Stöpel, Rog Bulla, Goedhuns und Ch. Pelissier, alle übrigen gleichzeitig angekommenen Fahrer, darunter auch die gesamte deutsche Mannschaft mit Thierbach, Siegel, Mehe, Geyer, Rufe und Sieroni auf den 7. Rang gesetzt. Wesentliche Veränderungen im Einzel- und Länderklassement haben sich nach der 18. Etappe nicht ergeben.

Berliner Boxer in Leipzig

Am Sonnabend, dem 18. Juli, weichte die Mannschaft der Sportlichen Vereinigung Lichtenberg-Friedrichsfelde in Leipzig und trug mit der Mannschaft von „Sofia“ einen Kampf aus. Trotz des Regens wohnten über 700 Zuschauer der Veranstaltung bei. Im Fliegengewicht bezog Klager-L. F. eine Punktniederlage von Bremse-Sofia, da er über dessen Reichweite nicht hinwegkam. Im Bantamgewicht konnte Berndt-L. F. in der zweiten Runde bei Schmidt-Sofia genau auf dem Kinn landen und diesen für die Zeit zu Boden schiden. Federgewicht: Grubbe-L. F. ist keinem Gegner Diets-Sofia technisch überlegen und schlägt ihn hoch nach Punkten. Leichtgewicht: Preller-L. F. ist der bessere, jedoch verfehlt er sich seine Chancen durch einen Genickschlag, wofür er verwahrt wurde; er mußte sich mit Cubis-Sofia die Punkte teilen. Im Weltergewicht errang Schröder-L. F. einen hohen Punktsieg über Gaing-Sofia. Mittelgewicht: Rolinski-L. F. und Lausenstein-Sofia trennen sich mit einem Unentschieden. Halbschwergewicht: Reimers-L. F. konnte sich mit der Kampfesweise von Schumann-Sofia nicht abfinden und verlor nach Punkten. Das Resultat des Mannschaftskampfes ist somit 8:6 für Lichtenberg-Friedrichsfelde. Am kommenden Donnerstag unternimmt die Berliner Mannschaft schon wieder eine Reise nach Sachsen, wo sie mehrere Kämpfe in und um Dresden absolviert; man sieht, daß die L. F.-Mannschaft viel beschäftigt ist.

Jugendtreffen in Wildau

Am 15. August trifft sich in Wildau die Jugend des 1. Bezirks des 1. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund, um hier erneut die Stärke des Arbeitersports zu zeigen. Mit einem großzügigen Fackelzug von Königswusterhausen wird die Veranstaltung eröffnet. In dem romantischen Naturparkgebiet wird die Kundgebung mit dem gemeinsamen Lied „Wann wir schreiten“ eröffnet. Es folgen dann eine Rezitation, Gesang des örtlichen Gesangsvereins, Musik der Blasabteilung der Freien Sport- und

Musikvereinigung Berlin. In dem unten liegenden See findet der Fackelzug der Freien Schwimmer Groß-Berlin statt. Die Ansprache hat der Genosse Dillig vom Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend übernommen. Den Abschluß bildet der Besingungschor „Finale“, ausgeführt von sämtlichen Bezirksvereinsmitgliedern. Mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ wird unter Abbrennung des Höhenfeuers sowie bengalischer Beleuchtung der ganzen Schlucht die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen. Am nächsten Tage findet das Bezirksfest statt. Die Jugend wird sich um 9 Uhr im Heim auf dem Sportplatz zu einer wichtigen Tagung zusammenfinden. Das Erscheinen aller Jugendfunktionäre ist dringend erforderlich.

Ko.-Sieg Schönrahs

Ein großer Erfolg des Deutschen in England

Der frühere deutsche Schwergewichtsmechter Hans Schönrahs konnte bei seinem neuerlichen Auftreten in England einen bemerkenswerten Erfolg davontragen. Er kämpfte in Leicester mit dem Engländer Reggie Meen, der einer der besten Schwergewichtler des Inselreiches ist. Meen begann mit harten linken Haken, aber es zeigte sich bald, daß ihm Schönrahs überlegen war. Der Krefelder setzte seinem Gegner hart zu. In der 6. Runde schlug er Meen das linke Auge auf und gegen Ende dieser Runde brach der Ringrichter das Geleht zugunsten des Deutschen ab. Schönrahs wurde also Sieger durch technischen K.o.

Schrittmacher Werner Krüger gestorben

Einer der bekanntesten deutschen Schrittmacher, Werner Krüger, der sich am Sonntag, dem 12. Juli, bei einem Rennen in Köln durch Sturz schwere Verletzungen zuzog, ist in der Nacht zum Dienstag gestorben.

Zusammenkunft Rotarier, 18. Juli, 19. Juli, 20. Juli, 21. Juli, 22. Juli, 23. Juli, 24. Juli, 25. Juli, 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli, 31. Juli, 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August, 16. August, 17. August, 18. August, 19. August, 20. August, 21. August, 22. August, 23. August, 24. August, 25. August, 26. August, 27. August, 28. August, 29. August, 30. August, 31. August, 1. September, 2. September, 3. September, 4. September, 5. September, 6. September, 7. September, 8. September, 9. September, 10. September, 11. September, 12. September, 13. September, 14. September, 15. September, 16. September, 17. September, 18. September, 19. September, 20. September, 21. September, 22. September, 23. September, 24. September, 25. September, 26. September, 27. September, 28. September, 29. September, 30. September, 1. Oktober, 2. Oktober, 3. Oktober, 4. Oktober, 5. Oktober, 6. Oktober, 7. Oktober, 8. Oktober, 9. Oktober, 10. Oktober, 11. Oktober, 12. Oktober, 13. Oktober, 14. Oktober, 15. Oktober, 16. Oktober, 17. Oktober, 18. Oktober, 19. Oktober, 20. Oktober, 21. Oktober, 22. Oktober, 23. Oktober, 24. Oktober, 25. Oktober, 26. Oktober, 27. Oktober, 28. Oktober, 29. Oktober, 30. Oktober, 31. Oktober, 1. November, 2. November, 3. November, 4. November, 5. November, 6. November, 7. November, 8. November, 9. November, 10. November, 11. November, 12. November, 13. November, 14. November, 15. November, 16. November, 17. November, 18. November, 19. November, 20. November, 21. November, 22. November, 23. November, 24. November, 25. November, 26. November, 27. November, 28. November, 29. November, 30. November, 1. Dezember, 2. Dezember, 3. Dezember, 4. Dezember, 5. Dezember, 6. Dezember, 7. Dezember, 8. Dezember, 9. Dezember, 10. Dezember, 11. Dezember, 12. Dezember, 13. Dezember, 14. Dezember, 15. Dezember, 16. Dezember, 17. Dezember, 18. Dezember, 19. Dezember, 20. Dezember, 21. Dezember, 22. Dezember, 23. Dezember, 24. Dezember, 25. Dezember, 26. Dezember, 27. Dezember, 28. Dezember, 29. Dezember, 30. Dezember, 31. Dezember.



Rückschau.

Im Programm der Deutschen Welle sprach Felix Stößinger über „Das Kinderleid in Rußland. Nach bolschewistischen Quellen.“ Er betonte, daß alle Zitate, auf die kein Verweis sich stütze, veröffentlichten entnommen seien, die die bolschewistische Zensur paßiert haben, daß es sich also keinesfalls um irgendwelche tendenziösen Entstellungen handele. Die Witwe Lenins schätzte die Zahl der verarmtesten, in Norden das Land durchstreifenden Kinder auf 7 bis 8 Millionen, Lunatschewski im Jahre 1928 sogar auf 9 Millionen, eine Summe, die die Gesamtbevölkerung von Sachsen, Württemberg und Baden ausbricht. Statistische Erhebungen in Rußland haben festgestellt, daß 53 Proj. dieser Kinder aus Bauernfamilien, 25 Proj. aus Arbeiter-, 10 Proj. aus Handwerkerfamilien stammen und daß kaum 1 Proj. zu dem nicht merktätigen Teil der Bevölkerung gehört. Lunatschewski führt den immer neuen Zustrom zu diesen Kinderhorden auf die Zerstörung der Familie zurück. Stößinger wies darauf hin, daß es noch eine andere Quelle gibt: die Kinderarbeit. In einem Staat, in dem laut amtlicher Feststellung von 5 1/2 Millionen Landarbeitern 638 000 Kinder sind, die 14 bis 16 Stunden täglich für wenige Rubel im Monat arbeiten müssen und die dabei noch gepörrt werden, und in dem mit achtjährigen Kindern gewerkschaftlich registrierte Arbeitsverträge abgeschlossen werden, ist es kein Wunder, wenn immer neue Scharen zu diesen freien, durch das Land wandernden Kinderhorden stoßen. Reisende Wanderer bekommen die wenigen Musteranstalten gezeigt, mit denen Rußland für sich als „Land der Kinder“ Reklame macht. Lange Zeit hat sich das Ausland tatsächlich dadurch täuschen lassen; heute ist die sichtbare Erkenntnis schon fast überall durchgedrungen, daß in der Sowjetunion zwar einige hundert oder tausend Kinder tatsächlich den Segen moderner Jugendfürsorge genießen, daß aber Millionen in grauenhaftem Elend aufwachsen und verkommen.

In der Reihe „Wann man spricht“ behandelte Geheimrat Justizrat Professor Dr. Heilbron die neuen Rotberordnungen, soweit sie sich mit der Regelung des Zahlungsverkehrs und der Kapital- und Steuerflucht befassen. Die Bestimmungen über die Auszahlungen von Geld ohne Zweckbindung aus Bank- und Sparkonten kommentierte Professor Dr. Heilbron dahin, daß nur eine einmalige Auszahlung von höchstens 20 bzw. 100 Mark, nicht etwa eine tägliche Auszahlung dieser Summen in Frage kommt. Auch die Angehörigen freier Berufe erhalten keine höheren Auszahlungen. Steuern müssen pünktlich entrichtet werden; auch die Banken müssen Ueberweisungen von Steuern in jeder Höhe vornehmen. Das Postcheckamt ist wie die Reichsbank nicht von der Rotberordnung betroffen und leistet infolgedessen Barauszahlungen in jeder Höhe. Es kann jedoch jetzt nicht etwa durch Ueberweisung von einem Bankkonto auf ein Postcheckkonto die Rotberordnung umgangen werden; solche Ueberweisungen sind unzulässig. Wer ein Konto bei der Donatbank hat, kann zur Zeit darüber in keiner Weise verfügen. Tes.

Dienstag, 21. Juli.

Berlin.

- 16.05 Unterhaltungsmusik.
- 17.30 Bücherstunde. Reisen in fernen Ländern. (Am Mikrophon: Dr. Alphonso Nobel.)
- 18.00 Mozart: 1. Variationen C-Dur. 2. Sonatine C-Dur, Nr. 6 (Susanne Fischer, Flügel).
- 18.25 Dr. Eckart Kehr: Untertan oder Staatsbürger?
- 18.55 Zithermusik.
- 19.50 Mitteilungen des Arbeitsamts.
- 20.00 Breslau: „Die Nummer läuft!“
- 21.00 Tages- und Sportnachrichten.
- 21.10 Musikalisches Kuriositäten-Kabinett. 1. Mozart: Spiegelkanon für zwei Violinen. 2. Liszt: Hexameron, Variationen für Klavier (Thalberg, Czerny, Herz, Pixis und Chopin). 3. Paraphrasen über ein Originalthema für Klavier (Grieg) (Liszt, Cui, Ljadow, Borodin, Rimsky-Korsakow). 4. Streichquartett über den Namen „Belaf“ (Rimsky-Korsakow). Ljadow, Borodin, Glasnow). 5. Reger: Ewig dein, Salonstück für Klavier, op. 17.523. 6. Busoni: Nachtrag zu Siegfried Ochs' „Kommt ein Vogel geflogen“ im Stile verschiedener Meister (aus dem Nachlaß). 7. Hadamith: Ouvertüre zu „Der Hage-je Holländer“ (für Streichquartett).
- 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.

Königswusterhausen.

- 16.00 Leipzig: Nachmittagskonzert.
- 17.00 Dr. Mario Krammer: Elisabeth von England.
- 17.30 Großmann: Die chemische Produktion Deutschlands.
- 18.00 Prof. Dr.-Ing. Siedler: Die Großstadtplanung.
- 18.30 Prof. Dr. O. E. Meyer: Entstehung der Alpen.
- 18.55 Wetter für die Landwirtschaft.
- 19.00 Dr. Max Jordan: Land und Leute in Kanada.
- 19.30 Dr. Demuth: Die deutsche Krise — von außen gesehen.
- 20.00 Langenberg: Tanz im Freien.
- 21.15-24.00 Uebertragung von Hamburg.